

# Koalitionsvertrag

Zwischen den Stadtratsfraktionen

**CDU, Bündnis 90 / Die Grünen und FWG**

für die Ratsperiode 2019 - 2024



## Inhalt

Präambel.....	3
Zusammenarbeit .....	6
Stadtentwicklung.....	7
Wirtschaft.....	16
Digitales .....	22
Sicherheit, Sauberkeit, Ordnung und Katastrophenschutz.....	24
Bildung.....	27
Gesundheit.....	29
Umwelt.....	34
Klima.....	38
Tourismus.....	43
Mobilität.....	46
Kultur .....	55
Inklusion.....	56
Soziales und Gesellschaft.....	57
Wissenschaft.....	61
Finanzen und Infrastruktur .....	65

## Präambel

Kaiserslautern ist weiter geprägt von vielen Extremen – positiven wie negativen! So verfügt Kaiserslautern über eine der größten Ansammlungen wissenschaftlicher Einrichtungen mit bundesweiter und z.T. auch weltweiter Ausstrahlung. Die Lage umgeben vom Pfälzer Wald ist ökologisch wertvoll und touristisch bedeutsam. Und immer wieder bringen engagierte Bürger\*innen der Stadt und der näheren Region tolle Leistungen, sei es im gesellschaftlichen und sozialen Bereich oder auch durch von Persönlichkeiten getriebene Unternehmensentwicklungen sogenannter „hidden Champions“ in ihren Segmenten.

Auf der anderen Seite verfestigen sich Brennpunktgebiete mit inakzeptablen Zuständen nicht nur für die unmittelbar betroffenen Menschen. Kaiserslautern zählt zu den am höchsten verschuldeten Städten Deutschlands und die finanziellen Nöte nehmen der Stadt bisweilen sprichwörtlich die Luft zum Atmen bzw. den Gestaltungsspielraum für eine geeignete Stadtentwicklung. Auch die Arbeitslosigkeit bewegt sich im Vergleich zu anderen Städten Westdeutschlands auf hohem Niveau.

Seit der Entwicklung der sogenannten Forschungsmeile und auch dem Investitionsschub im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft 2006 und dem erfolgreichen Konversionsprojekt PRE-Park fehlt es an signifikanten Impulsen und einer klaren strategischen Ausrichtung von Kaiserslautern. Vorhaben, wie beispielsweise das Pfaff-Areal scheinen noch nicht die notwendige Dynamik zu entfachen, wobei hier gewaltiges Potential vermutet wird.

Für eine gute Zukunftsentwicklung von Kaiserslautern sind sicher zuerst die Bürger\*innen und entsprechend auch deren Vertreter im Stadtrat gemeinsam mit dem Stadtvorstand und vielen anderen Organisationen und Institutionen verantwortlich. Kaiserslautern ist jedoch auch in besonderem Maße geradezu abhängig von externen Entwicklungen, der Unterstützung insbesondere vom Land Rheinland-Pfalz und auch vom Bund. Um wichtige Dinge zu bewegen gilt es daher auch Partnerschaften zu pflegen und kooperativ beispielsweise mit dem Landkreis Kaiserslautern und weiteren Kommunen zu agieren, sowohl um gemeinsam Interessen zu vertreten als auch Vorhaben gemeinsam zu gestalten.

Seit der Kommunalwahl 2019 sind im Stadtrat in Kaiserslautern acht verschiedene Parteien vertreten. Die Organisation von Mehrheiten ist entsprechend schwierig. Die Idee, fallweise und themenspezifisch Mehrheiten zu finden, hat sich als nicht haltbar erwiesen. Der Anspruch des aktuellen Stadtrates kann auch nicht darin enden, die fallweise anstehenden

Fragestellungen zu verwalten. Vor dem geschilderten Hintergrund gilt es vielmehr ein Zukunftsszenario für Kaiserslautern zu entwickeln und in den kommenden Jahren die Stadtentwicklung aktiv zu gestalten. In Kenntnis der zahlreichen Herausforderungen braucht Kaiserslautern einen klaren und verbindlichen Kurs, welcher nur mit stabilen und verlässlichen Mehrheiten und Partnerschaften gesichert werden kann.

Die CDU Kaiserslautern, Bündnis90/Die Grünen Kaiserslautern und die FWG Kaiserslautern haben bereits in den vergangenen Monaten im Stadtrat bei sehr vielen Themen kooperativ und zielgerichtet zusammen agiert und zeitgleich gemeinsam festgestellt, dass es sehr gut gelingen kann, die jeweiligen Ziele zur weiteren Entwicklung und Gestaltung von Kaiserslautern gemeinsam anzupacken.

Unter Einbindung zahlreicher Fraktionsmitglieder und weiterer Experten\*innen der jeweiligen Partei und Wählergruppen wurden die zentralen Überlegungen zu verschiedenen Themenbereichen weiter geprüft und beschrieben und bilden somit die Basis für diese Koalitionsvereinbarung zur Verfolgung der gemeinsamen Ziele in den kommenden Jahren.

Gerade die ursprünglich primär von Außenstehenden als unüberwindbar eingeschätzte Heterogenität der Koalition mit z.T. extremen Positionen hat sich in den tiefgehenden Diskussionen als besonders bereichernd erwiesen. Die Fähigkeit unter Abwägung der unterschiedlichsten Positionen um gute Lösungen zu ringen und dann auch tatsächlich gemeinsame Lösungen zu gestalten, nehmen die Beteiligten als besondere Stärke der Koalition wahr. Dies wiederum kann eine gute Basis sein, um mindestens auf dieser kommunalpolitischen Ebene die Tür zur Einbindung weiterer Ratsmitglieder zu öffnen und Entscheidungen auf ein breiteres Fundament zu stellen.

Als wichtiges gemeinsames Ziel gilt es die Attraktivität von Kaiserslautern deutlich zu steigern. Attraktivität in diesem Sinn bedeutet die Lebensqualität für alle Bürger\*innen zu sichern und den Standort Kaiserslautern zukunftsfähig zu gestalten.

Mit Lebensqualität werden typischerweise zahlreiche Aspekte verbunden. Die besonderen Herausforderungen liegen aktuell in den Bereichen Soziales, Gesundheit und Umwelt. Der Klimawandel ist unbestritten eine weltweite Herausforderung. Gleichwohl kann und muss auch auf regionaler Ebene jede Möglichkeit genutzt werden, diesem entgegenzuwirken.

Kaiserslautern muss ferner sowohl als Wohn- wie auch als Arbeits- und Wirtschaftsstandort attraktiv sein. Hier wiederum gilt es die Interessen der eigenen Bürger\*innen, Betriebe und Institutionen zu sichern und als Fundament für die weitere Entwicklung zu stabilisieren. Ebenso wichtig ist es weitere Menschen und Unternehmen aus anderen Regionen und Ländern für ein Engagement in Kaiserslautern zu gewinnen.

Die Koalition sieht in Kaiserslautern eine sehr gute Basis, um nicht nur zu verwalten und reaktiv zu agieren. Vielmehr bieten die eingangs erwähnten wissenschaftlichen Einrichtungen und die zahlreichen hoch motivierten Menschen in den verschiedensten Bereichen eine ideale Grundlage, um bei der Entwicklung wichtiger Themen zumindest teilweise sogar eine Vorreiterrolle zu übernehmen und als Innovationstreiber auch überregional und bundesweit sichtbar zu werden.

Beispielsweise müssen sogenannte neue Technologien gezielt in der Stadtentwicklung eingebracht und genutzt werden und Nutzpotentiale für alle Bürger\*innen und Unternehmungen erschlossen werden.

Durch die Symbiose des Natur- und Freizeitparks Pfälzer Wald mit allen in einem Oberzentrum vorhandenen und für die gesamte Region wichtigen Einrichtungen, beispielsweise im Bereich Bildung und Kultur, Gesundheit usw., kann es dann eben gelingen eine hohe Lebensqualität zu schaffen. Die Fähigkeit Innovationen voranzutreiben und diese für eine exponierte umweltfreundliche Stadt-, Gesellschaft- und Wirtschaftsentwicklung nutzbar zu machen, kann ein wichtiges Fundament für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort Kaiserslautern sein.

Lebensqualität verbunden mit motivierten Bürger\*innen und guten Rahmenbedingungen - sowohl für die Sicherung traditioneller Wirtschaftszweige (z.B. Handwerk, Gastronomie, Tourismus, Landwirtschaft etc.) als auch die vom Wissenschaftsstandort getriebene Entwicklung neuer Technologien und innovativer Lösungen für einen starken und leistungsfähigen Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort - bilden somit ideale Grundlagen für eine ökologisch und ökonomisch starke Zukunftsentwicklung.

Dies wiederum kann nur erreicht werden, wenn gemeinsam an vielen Stellen angepackt wird und es gelingt von der sozialen Struktur und Gesellschaftsentwicklung, von Erziehung und Bildung, dem Vereinsleben, der Gestaltung der Infrastruktur in allen Bereichen geeignete Prozesse anzuschieben. Solche Prozesse inkludieren unter anderem entsprechende

wirtschaftliche Entwicklungen und eine effiziente sowie leistungsfähige Verwaltung. Dies ist Vorgabe und Ziel dieser Koalition.

Zu der vertrauensvollen Partnerschaft der Koalition gehört es gleichwohl auch, dass durchaus ein Raum für die Sicherung parteispezifischer Positionen erhalten bleibt. Bekannte Positionen und mögliche Abgrenzungen werden daher ebenso in den entsprechenden Kapiteln angeführt und sichern auch dadurch die Basis für das notwendige verlässliche und verbindliche Miteinander.

Das Verständnis der Koalition ist jedoch auch, die Prozesse offen zu gestalten und ganz bewusst manche parteipolitischen Momente im Interesse der gemeinsamen Ziele für die Bürger\*innen von Kaiserslautern in den Hintergrund zu stellen. Für viele bevorstehende Aufgaben und Entscheidungen werden von dieser Koalition auch Mehrheiten mit weiteren Parteien im Stadtrat angestrebt und diese eingeladen, um eine breitere Basis für wichtige Handlungen zu schaffen.

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen und auch den aktuell gewaltigen Corona-bedingten Herausforderungen sehen CDU, Bündnis90/Die Grünen und die FWG enormes Entwicklungspotential und zahlreiche Chancen für Kaiserslautern, die sie gemeinsam anpacken und realisieren wollen!

### **Zusammenarbeit**

Es wird eine Bündnistrunde eingerichtet, die Sitzungen vorbereitet. Ihr gehören pro politischer Gruppierung grundsätzlich je zwei Personen an. Weitere Personen können hinzugezogen werden. Die Runde tagt prinzipiell vor Ratssitzungen und auf Wunsch einer der politischen Gruppierungen.

## **Stadtentwicklung**

Die neue Koalition im Stadtrat Kaiserslautern verpflichtet sich, eine nachhaltige Vision für die Stadt Kaiserslautern zu entwickeln. Aus Kaiserslautern soll eine attraktive Stadt mit hoher Lebens- und Aufenthaltsqualität werden. Die neue Koalition verfolgt dabei die Idee einer Vorbildstadt nach den Leitlinien der integrierten und nachhaltigen Stadtentwicklung in Europa (Leipzig Charta 2.0). Die Stadt der Zukunft kann nur entstehen, wenn alle Akteur\*innen (Bürgerschaft, Handel, Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung, Kommunalpolitik, etc.) gemeinsam Verantwortung übernehmen und sich mit der Stadt und ihrer Umgebung identifizieren. Hierzu muss ein ganzheitliches, integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) entworfen werden.

Wir wollen kurze Wege und eine nachhaltige Stadtmobilität. Unser Ziel ist gute Luft- und Lebensqualität sowie Mobilität für alle Generationen. Die städtebauliche Entwicklung muss mit modernen, innovativen und nachhaltigen Wohn- und Verkehrsformen einhergehen. Unsere vielfältige Stadt besteht aus lebenswerten Stadtteilen und -dörfern. Das bedeutet eine gute Erschließung durch nachhaltige Mobilitätskonzepte, ein Mindestmaß an Nahversorgung und Gemeinschaftsflächen. Wir wollen damit die Aufwertung ihrer Lebensqualität, Tradition und städtebauliche Struktur erreichen. Diese neu gewonnene Attraktivität wird sich positiv auf die Bevölkerungsstruktur und die wirtschaftliche Entwicklung auswirken.

Die Zielsetzungen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung erfordern konsequentes Handeln. Die Vereinbarkeit mit diesen Zielen muss in der Bauleitplanung und der Verkehrsplanung maßgeblich sein. Der Klimaschutz und die Anpassung an die Folgen der Klimakrise sind heute zentrale Querschnittsaufgaben der Stadtentwicklung. Insoweit baut unser Politikansatz auf partnerschaftlichem Agieren und Arbeiten auf.

Die Politikziele und Handlungsfelder der Koalition für die Stadtentwicklung in Kaiserslautern sind in folgenden 9 Punkten formuliert.

### **1. Aktive Partizipation**

Für eine nachhaltige, bürger\*innen- und klimafreundliche Stadtplanung ist die Einbindung von Fachkundigen und der Einwohnerschaft wichtig.

Wir wollen das kreative Potential der Bevölkerung und anderer Akteur\*innen nutzen und bei Entscheidungen beteiligen. Für größere Projektvorhaben wollen wir frühzeitig

Arbeitsgruppen mit Fachkundigen und Vertretungen der Fraktionen einrichten. Wir wollen, dass der Rat Leitlinien für die Verwaltung zur erweiterten Bürger\*innen- und Akteur\*innenbeteiligung, beispielsweise nach dem Vorbild der Stadt Heidelberg, beschließt. Um das Ideenpotential optimal zu nutzen und durch transparente sowie konstruktive Planungsverfahren zielgerichtet und zügig Vorhaben umzusetzen, soll Kaiserslautern zu einer Mitmachstadt werden. Unser Ziel ist eine integrierte, ganzheitliche Stadtentwicklung, ausgerichtet als ein langfristiger und kontinuierlicher Prozess und getragen durch die Bürgerschaft und andere öffentlichen Akteur\*innen.

Wir sehen die Stadtentwicklung eingebunden in den regionalen Wirtschaftsraum. Deshalb ist uns eine enge Kooperation mit dem Landkreis und dem Bezirksverband Pfalz sehr wichtig.

## **2. Nachhaltige Stadtentwicklung durch Klimaschutz und Klimaanpassung**

Die Koalition verpflichtet sich den Klimaschutz und die Klimaanpassung betreffende Aspekte der Planung maßgeblich zu integrieren und alle Beschlüsse der Ausschüsse und des Stadtrats auf die Einhaltung der Zielsetzungen zu überprüfen.

## **3. Grund- und Bodenpolitik**

Grund und Boden sind essenzielle Vermögenswerte unserer Stadt. Die Stadt muss ihre formellen und informellen Instrumente (z. B. allgemeines und besonderes Vorkaufsrecht nach BauGB, Erwerb von Grundstücken und Liegenschaften, etc.) nutzen, um die städtebauliche Entwicklung steuern zu können. Über alle Anfragen in diesem Bereich muss die Verwaltung den Bauausschuss bzw. den Stadtrat oder den Stadtentwicklungsbeirat in geeigneter Weise informieren.

Satzungen u. a. für Gestaltung, Erhaltung oder Sanierung müssen wo immer möglich eingeführt werden um die städtebauliche Entwicklung im gesamten Stadtgebiet rechtssicher und wirksam zum Wohle der Allgemeinheit gestalten zu können.

In der Bauleitplanung sind mehrgeschossige Gebäude möglichst zu bevorzugen und auf Flachdächern sowie Fassaden eine Begrünung oder Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien vorzusehen.

Kriterienkataloge, wie z. B. auf Basis der Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB), sind für die Stadtentwicklung in Kaiserslautern verpflichtend einzuführen und bei allen Investor\*innen als Basis für einen städtebaulichen Vertrag zu nutzen bzw. in der Bauleitplanung zu integrieren.

Vor der Erstellung eines Bebauungsplans für Gewerbe- und Industrieflächen ist das Gewerbeflächenentwicklungskonzept zu beachten und ein Rahmenplan anzufertigen.

Die Koalition setzt sich dafür ein, dass Veräußerungen von städtischen Flächen und Liegenschaften überall, wo sie sich als sinnvoll erweisen, im Konzeptvergabeverfahren vorstattengehen (z. B. Betzenberg). Flächen dürfen nicht nur nach monetären Gesichtspunkten verkauft werden, sondern müssen zum Vorteil der Stadtentwicklung genutzt werden.

Um die uns umgebende Umwelt so wenig wie möglich zu beeinträchtigen, ist es für uns obligatorisch, grundsätzlich vor der Bebauung von naturnahen und unversiegelten Flächen erst alle Mittel auszuschöpfen und z. B. Bauten für Industrie und Gewerbe auf bereits erschlossenen Konversionsflächen anzusiedeln. Ziel ist, durch die Konversion bereits versiegelter Flächen für Gewerbegebiete, neue Versiegelung zu vermeiden.

Konversion militärisch genutzter Flächen ist sinnvoll zu gestalten: Insbesondere gilt es zu prüfen, wie die Entwicklung der Fläche „Quatermasterkaserne“ in die Wege geleitet werden kann. Nach derzeitigem Kenntnisstand scheidet eine Nutzung lediglich an den Sanierungskosten der Fläche (Kontamination). Hier gilt es auch mit dem Land bzw. Bund über eine Förderung zu verhandeln. Dies hat für uns Vorrang vor einer Neuinanspruchnahme von Flächen für Gewerbe.

Doppelte Innenentwicklung – doppelte Chancen: Innerstädtische Flächenreserven müssen vorrangig nicht nur baulich, sondern auch hinsichtlich des urbanen Grüns weiterentwickelt werden. Eine Nachverdichtung im Stadtgebiet darf nicht zu Lasten von Grünflächen erfolgen. Für den Bestand müssen Anreize für eine entsprechende Entwicklung geschaffen werden. Die Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich ist nur nach einer Prüfung der Alternativen in Ausnahmefällen zuzulassen.

#### **4. Wir strukturieren den öffentlichen Raum neu und gestalten den Wandel in die Zukunft**

Das „menschliche Maß“ als Grundprinzip der Stadtentwicklung wird in den Mittelpunkt gestellt. Nur so kann der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum die erforderliche Qualität gegeben werden. Zusätzlich muss dieses Grundprinzip ergänzt werden durch geeignete Bänke, Möblierung, Grünflächen, Begegnungsflächen, Spielflächen, Möglichkeiten für informellen Freizeitsport und vieles mehr.

In Ermangelung geeigneter Rechtsgrundlagen der strategischen Bauleitplanung sollen möglichst zügig und im Zusammenwirken mit einem integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) im gesamten Stadtgebiet Bebauungspläne und Satzungen (z. B. Gestaltungssatzung für die Innenstadt) aufgestellt und beschlossen werden.

Vor Herstellung des Einvernehmens mit der Gemeinde nach §36 BauGB ist besonderes Augenmerk im Hinblick auf das Einfügungsgebot in die Umgebung nach §34 BauGB zu richten. Im Zweifel muss das Einvernehmen begründet versagt werden und nach Möglichkeit ist der Gestaltungsbeirat oder der Stadtentwicklungsbeirat vor einer Wiedervorlage mit einzubeziehen.

Das Thema Mobilität ist ausschlaggebend für die Stadtentwicklung von heute und morgen. Die im Kooperationspapier zu Mobilität und Verkehr niedergelegten Ziele müssen durch die Stadtplanung unterstützt werden. Die Größe und die Struktur der Stadt sind grundsätzlich für Fußgänger\*innen und Radfahrende in besonderem Maße geeignet. Der öffentliche Verkehr (ÖV) muss als Rückgrat für die zukünftige Erfordernisse neu aufgestellt werden. Der motorisierte Individualverkehr (MIV) verliert seinen Stellenwert im öffentlichen Raum.

Die sogenannte Neue Stadtmitte ist weiter zu entwickeln. Unser Ziel ist eine deutliche Attraktivierung der Stadtmitte. Um die Aufenthaltsqualität der Stadtmitte zu verbessern wollen wir insbesondere darauf hinwirken, dass es mehr Grün, mehr Orte zum Verweilen und Begegnen und deutlich weniger motorisierten Verkehr gibt. Dafür ist es wichtig, dass Alternativen zum Auto attraktiver werden. Hierzu fordern wir die Erstellung eines Nahverkehrsplans, der den bestehenden ÖPNV kritisch beleuchtet und zeitgemäß modernisiert und verbessert. Bei der Weiterentwicklung und baulichen Veränderung der Neuen Stadtmitte ist auf die Erkenntnisse des Nahverkehrsplans zu warten, um diese sinnvoll umzusetzen. Es muss darauf hingewirkt werden, dass bestehende Förderprogramme

verlängert oder neue Fördermittel akquiriert werden, um eine Umsetzung auch finanziell sicherzustellen.

Die Aufstellung des neuen Bebauungsplans „Hauptbahnhof Süd – Zollamtstraße“ zur Legalisierung und Freigabe eines Baugesuchs auf einer bisherigen Verkehrsfläche in unmittelbarer Nähe zum Hauptausgang des Hauptbahnhofs ist kritisch zu begleiten. Diese wertvolle Fläche im Bereich der Zuwegung des wichtigsten ÖV-Knotenpunkts der Stadt hin zur Universität muss aus städteplanerischer Sicht für eine verkehrliche Nutzung z. B. auch als Fahrradparkfläche erhalten bleiben und langfristig gesichert werden.

Ein modernes Stadt-Umland-Bahn-System (Karlsruher/Saarbrücker Modell) in abgeänderter Planungsvariante muss geprüft werden (z. B. Lautertalbahn – Hochschule – Stadtmitte – Hbf – Universität). Finanzierungsschwierigkeiten müssen hinsichtlich der immensen GVFG Aufstockung in den kommenden Jahren und den Förderprogrammen zur Attraktivierung ländlicher Räume neu bewertet werden.

Weiterhin fördern wir die Teilnahme der Stadt an der Europäischen Mobilitätswoche. Die Stadtverwaltung bekommt zur Aufgabe jährlich die Teilnahme an der Mobilitätswoche bekanntzugeben und entsprechende Strukturen und Ideenprozesse einzuleiten.

Für die Bauleitplanung wird eine geeignete Stellplatzsatzung verpflichtend festgeschrieben. Das Parken auf (potenziellen) Grün- und Freiflächen muss verhindert werden. Hier gilt es geeignete Anreize zu schaffen wie z. B. den Bau von Parkhäusern als konkrete Maßnahme für die Entwicklung von Stadtgebieten zu fördern und einhergehend die notwendigen Regelungen für den ruhenden Verkehr anzupassen.

## **5. Schaffung einer lebenden und lebenswerten Stadt im Pfälzer Wald**

In Anlehnung an das beschlossene Klimaanpassungskonzept werden wir für die Erschaffung neuer Grünachsen, also begrünter und, wo immer möglich, parkähnlicher Verbindungszonen in der Stadt sorgen. Stadtgärtnern (Urban Gardening), urbane Waldgärten und Gartenanlagen werden von der Koalition unterstützt und als sichtbare Gemeinschaftsaufgabe das allgemeine Bewusstsein für die Wertigkeit und die Bedeutung von Stadtgrün stärken. Die Koalition verpflichtet sich, ein umfassendes Grünkonzept für das bebaute Stadtgebiet zu entwickeln und

umzusetzen. Für die Umsetzung soll das Grünflächenamt gestärkt werden und mit dem Tiefbauamt müssen die Ausführungspläne entsprechend eingepasst werden.

Freiraumnetz: Begrünte Verbindungen in die Stadt und zurück ins Umland zwischen den Freiräumen, Parks und dem Stadtwald - ggf. in Verbindung mit Fahrradnetzen-, Spiel- und Begegnungsflächen sowie Bereiche für informellen Freizeitsport sollen geschaffen werden.

In neuen Stadtentwicklungsgebieten ist dem Grünraum ein großzügiger Anteil zu widmen und, wenn möglich, größere Flächen zu entsiegeln oder von Versiegelung freizuhalten. So wird mehr Aufenthaltsqualität und z. B. ein kühleres Stadtklima für heiße Sommertage geschaffen. Dazu muss die vorhandene Anzahl an Bäumen deutlich erhöht werden.

Beispielsweise können Anreize für die Entsiegelung im Blockinnenbereich der Innenstadt wie in Hinterhöfen gesetzt werden.

Schul- und Kleingärten müssen gemeinsam mit den Gartenbauvereinen und auf Basis einer Kleingartenkonzeption gefördert und weiterentwickelt werden. Dabei sind vorrangig die gängigen Förderprogramme des Landes zu nutzen.

Konzepte und Leitfäden müssen erstellt und sie, wo immer möglich, mit dem Satzungsrecht langfristig und wirksam verbindlich festgelegt und gesichert werden (z. B. Stadtmobiliar, Nachbarschaftskonzepte, der dritte Raum, etc.).

## **6. Campus Kaiserslautern für Forschung, Gründung und Innovation**

Wir wollen aus Stadt und Wissenschaftsstandorten einen gemeinsamen „Campus Kaiserslautern“ schaffen. Wissenschaft und Forschung in Kaiserslautern haben in der Stadt viele innovative Neugründungen initiiert und den IT-Standort Kaiserslautern geschaffen. Diese Stärke gilt es auszubauen und die Stadt für externe Gründer\*innen und Unternehmen attraktiv zu machen. Die Einwohnerschaft soll durch eine neue räumliche Nähe an der Entwicklung und am Erlebnis partizipieren. Wir wollen, dass Politik und Wissenschaft gemeinsam handeln um diesen Campus Kaiserslautern attraktiv zu machen. Folgende Maßnahmen werden wir als notwendige Grundlage dieser Entwicklung im Zusammenhang des integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK) einleiten:

- Die städtebauliche Entwicklung des Campus der TUK soll in Richtung der Innenstadt erfolgen. Die Erweiterung auf Außenbereichsflächen in den Wald hinein soll

vermieden werden. Vorzugsweise ist die Wissenschaftsmeile bzw. Universitätsallee entlang der Trippstadter-Straße über das Pfaff-Gelände in die Innenstadt und weiter zur Hochschule unter Einbindung der Akteur\*innen zu entwickeln.

- Die derzeit unterbrochene Bebauung und Erschließung des Stadtteils Lämmchesberg hin zur Universität muss durch eine doppelte Innenentwicklung nachverdichtet werden. Eine Arrondierung zur Definition der Ränder des Campus sollte ermöglicht werden. Darunter fällt folglich sowohl die Einbeziehung der atypischen Wohn- und Schulnutzung von Flächen als auch die Einbeziehung der Sportstätten und des Geländes der TSG in die städtebauliche Entwicklung.
- Als Verbindungselement in die Innenstadt wollen wir eine Anlaufstelle für Gründungsinteressierte von außerhalb gemeinsam mit den Akteur\*innen einrichten.

## **7. Quartiersmanagement als Potenzial für gemeinschaftlich nutzbare Stadträume**

### *Kernstadtquartiere / Staddörfer*

Besonders wichtig ist der Koalition die Stärkung unserer Kernstadt sowie die Ausweitung der Ortsteilentwicklung durch Aufnahme der Stadtteile ins „Staddörferprogramm“. Wir werden uns aktiv für die Schließung vorhandener Baulücken in den Zentren und die Wiederbelebung von Leerständen z. B. durch Stärkung eines integrierten Citymanagements einsetzen. Die Koalition strebt eine „Doppelte Innenentwicklung“ an.

Wohnflächenpotentiale, die die Stadt bietet (z. B. auf dem Betzenberg um das Stadionareal, das Pfaff-Areal, die alte Stadtgärtnerei, Pariser Straße 300, Wächterwiesen sowie die Neubaugebiete in Siegelbach und Morlautern) sollen in diesem Rahmen nachhaltig verdichtet werden.

Weiterhin ist der Einsatz für eine Verbreiterung des Angebotes von Nahversorgung in die Wohnquartiere hinein (nach dem Prinzip der kurzen Wege) unser Ziel. Dies muss sich in der Einzelhandelskonzeption wiederfinden. Hier ist ggf. in Zusammenarbeit mit allen Akteur\*innen eine Fortschreibung notwendig.

Die genannten Ziele werden durch die Erarbeitung von Stadtquartierskonzepten sowie eines Masterplans für die Innenstadt als Teil des Stadtentwicklungskonzepts unterstützt.

### *Wohnen in Vielfalt*

Die Koalition wird die Empfehlungen aus der Sozialraumanalyse (mehr sozialer Wohnungsbau z. B. durch die Bau-AG) umsetzen. Weiterhin verschreiben wir uns dem Erhalt und der Entwicklung von sozialen Stadtquartieren. Wo immer möglich werden die Bauleitplanung oder das Satzungsrecht der Kommune zur langfristigen Wahrung dieser Interessen genutzt.

Wir werden ein Quartiersmanagement mit dem Ziel der Verbindung von Wohnen und Arbeiten entwickeln, das z. B. die Implementierung von Kreativbereichen wie Coworking-Spaces und Co-Living umfasst.

### *Handwerk und Kleingewerbe*

Um das Bestehen bereits ansässiger Handwerks- und Kleingewerbe sowie eine mögliche Neuansiedlung zu fördern, stehen wir hinter der Idee des städtischen Einzelhandelskonzepts. Wir unterstützen das Bestreben den großflächigen Einzelhandel in den Außenbezirken zurückzudrängen. Ansonsten ist die dadurch verloren gegangene Nahversorgung in den Stadtquartieren nicht wiederherzustellen. Eine weitere Präzisierung des Einzelhandelskonzepts kann dies gezielt unterstützen.

## **8. Stadtentwicklungsgremien erweitern**

Weiterhin wird die Koalition die Gründung eines Stadtentwicklungsbeirats, der angegliedert an den Bauausschuss ist, in die Wege leiten. Hier müssen übergeordnete und prägende Entwicklungen gemeinsam mit den zuständigen Dezernent\*innen für Stadtentwicklung und Bauausführung erarbeitet und vorbereitet werden. Dieses Gremium für Stadtentwicklung wird als zusätzlicher Beirat mit Expert\*innen aus der Wissenschaft und Stadtbevölkerung besetzt. Es berät über geplante Projekte und stellt ggf. Mittel für die Vergabe größerer Planungsaufträge bereit.

Die Ausführungspläne des Tiefbauamts als kommunale Bauvorhaben müssen zukünftig in geeigneter Weise dem Bauausschuss oder dem Stadtentwicklungsbeirat präsentiert und vorgestellt werden. Somit wird die Konformität mit der übergreifenden Stadtentwicklung hergestellt.

Der Beirat soll auch als Plattform für die erweiterte Bürger\*innenbeteiligung fungieren.

## **9. Entwicklung einer Vision der zukunftsfähigen und nachhaltigen Stadtregion Kaiserslautern**

Die Vision einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Stadt Kaiserslautern wird unter Beteiligung der Akteur\*innen als Planung in Auftrag gegeben und der breiten Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Koalition ist sich bewusst, dass es nicht „das“ statisch fixierte, optimale Stadtentwicklungskonzept für Kaiserslautern geben kann. Vielschichtig sind die Einflussfaktoren – gerade vor dem Hintergrund, dass Kaiserslautern eine Großstadt im ländlichen Raum mit einem umgebenden Landkreis und insoweit mit besonderen stadtreionalen Verflechtungen bildet. Entwicklungsmöglichkeiten und Chancen sind insoweit im Laufe der Zeit unterschiedlich zu bewerten. Ebenso variiert auch das tatsächliche kurz-, mittel- und langfristige Veränderungspotential abhängig von vielen externen Rahmenbedingungen.

Nach Überzeugung der Koalition sind zukünftig neben den etablierten klassischen, formellen Plan- und Beteiligungsebenen des Flächennutzungsplans und der Bebauungspläne vornehmlich Planformate mit ganzheitlichem, integriertem Ansatz zu stärken. Solche Formate sind in der Lage einfach verständliche Sachverhalte zu transportieren und doch zugleich inhaltlich klare Aussagen zu vermitteln.

Organisatorisch, planerisch sowie räumlich-funktional will die Koalition im Zusammenwirken mit der Stadtgesellschaft u. a. ein neu zu erstellendes ganzheitliches, integriertes Stadtentwicklungskonzepts (ISEK) „Zukunft und Innovation für eine nachhaltige Stadtregion Kaiserslautern“ angehen.

## Wirtschaft

Die Bedeutung von Wirtschaft in Kaiserslautern ist sehr vielschichtig und Wirtschaft darf bekanntlich nicht nur auf ökonomische Aspekte reduziert werden. Klassische Faktoren sind sicher die Anzahl von geschaffenen Arbeitsplätzen oder das Gewerbesteueraufkommen. Aber gerade bei langfristig zu verfolgenden Strategien sind aktuell weitere Aspekte gleichwertig oder sogar bedeutsamer. Dies gilt besonders dann, wenn man das gesamte Wirkungsgefüge zur Entwicklung und Sicherung einer hohen Lebensqualität in einer Region betrachtet. Die Koalition ist sich darin einig, dass die Entwicklung und Investitionen in hochwertige Arbeitsplätze in einem innovativen Umfeld sowohl auf die Lebensqualität einzahlt und dann mindestens langfristig die gewünschten wirtschaftlichen Effekte bedingt.

Unter hochwertigen Arbeitsplätzen werden dabei nicht nur die typischerweise genannten wissenschaftsnahen Gebiete im Bereich Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und im Ingenieurwesen in den betreffenden Entwicklungs- und Produktionsbetrieben verstanden. Als hochwertige Arbeitsplätze sind Tätigkeiten aus vielen Branchen und Lebensbereichen zu sehen. Nur um dies beispielhaft zu verdeutlichen: Soziales und Gesundheit, Bildung und Kultur, Landwirtschaft, Umwelt und Handwerk uvm. Kaiserslautern bietet alles, um seinen Bürgern\*innen eine umfassende Berufsvielfalt in allen Qualifikationsstufen anbieten zu können oder auch um Menschen aus anderen Regionen zu einem Engagement in Kaiserslautern zu gewinnen. Dies ist beispielsweise für die Anwerbung von Wissenschaftler\*innen für die hiesigen Hochschulen oder forschungsnahen Einrichtungen genauso wichtig wie weitere benötigte Spezialist\*innen und Facharbeiter\*innen im Handwerk.

Andererseits ist es unabhängig von der Art der Arbeit für Menschen oft wichtig, überhaupt einen Arbeitsplatz zu finden. Neben der Einkommenssicherung ist Arbeit auch eine Möglichkeit zur Teilhabe an der Gesellschaft und jeder Arbeitsplatz, jede Unternehmung spielen somit auch unter sozialen und gesellschaftspolitischen Aspekten eine ganz wichtige Rolle: eben als Treffpunkt von Menschen im gesellschaftlichen und sozialen Miteinander.

Bezogen auf die Arbeitslosenquoten in deutschen Großstädten ist die Arbeitslosigkeit in Kaiserslautern überdurchschnittlich hoch. Aktuelle Diskussionen zum Fortbestand großer Unternehmen in Kaiserslautern sowie die Diskussion um den Abzug von US-Streitkräften erfordern von der Stadt angestrengte Planungen zum Erhalt von Arbeitsplätzen in der

Region, zur Stärkung der vorhandenen Unternehmungen – sowohl privatwirtschaftliche Firmen als auch öffentliche Einrichtungen -, und zur Ansiedlung neuer Firmen.

Unter dem Aspekt der aktuellen Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzrisiken sind Zielkonflikte bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze und insbesondere der Ansiedlung von externen Firmen absehbar. Die Ansiedlung neuer großer Firmen, beispielsweise Logistikunternehmen, erfordert i.d.R. immer einen großen Flächenbedarf, der nur selten aus bereits entsprechend genutzten Gebieten und durch einfache Umwidmung bedient werden kann. Die Koalition ist sich einig, dass die Erschließung neuer Industrie- und Gewerbegebiete bestmöglich begrenzt werden muss, wohlwissend, dass man sich im Einzelfall in Abwägung zur Entwicklung der gesamten Region keiner Diskussion pauschal verschließen darf.

Erweiterungsnotwendigkeiten vorhandener Firmen oder schlicht die erforderliche Schaffung von Arbeitsplätzen aus arbeitsmarktpolitischen, gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten darf keine Denkblockaden kennen, sondern muss regelmäßig in einem offenen Abwägungsprozess unter Berücksichtigung der verschiedenen ökonomischen und ökologischen Ziele betrachtet werden.

Die Vergabe von Flächen muss daher insbesondere unter strategischen und langfristigen Aspekten erfolgen. Die Klima- und Umweltrisiken sind bekannt und daher besonders hoch zu gewichten. Dies impliziert auch, dass faktisch jeder Quadratmeter in der Nutzung zu optimieren ist und beispielsweise großflächige Versiegelungen in Relation zu geschaffenen Arbeitsplätzen und weiteren Nutzeneffekten gesetzt werden müssen. Das gilt jedoch nicht nur für ggf. neu geschaffene Flächen sondern auch für jede freiwerdende Fläche, die einer neuen Nutzung zugeführt werden soll.

Bei allen theoretischen Überlegungen gilt es jedoch auch die aktuellen Realitäten zu berücksichtigen. Auch hier wieder die bekannten Extreme: Auf der einen Seite fehlen in Kaiserslautern Spezialist\*innen und Fachkräfte und auf der anderen Seite droht die vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit viele Menschen ins Abseits zu stellen. Zunächst einmal sind wir daher mitverantwortlich den grundsätzlichen Bedarf an Arbeitsplätzen zu organisieren und in der langfristigen Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt die weiteren gewünschten qualitativen Aspekte zu sichern.

Um diese allgemeinen und übergreifenden grundsätzlichen Überlegungen umzusetzen ergeben sich zahlreiche Handlungsfelder, die von der Koalition gestaltet und angepackt werden. Beispielsweise:

- Attraktivität des Standortes, Infrastruktur und Rahmenbedingungen: Neben den bekannten Aspekten eines attraktiven Wohn- und Arbeitsortes gilt es, alle notwendigen Bereiche von Bildung und Kultur bis Freizeitgestaltung, Gesundheitswesen uvm. auf einem hohen Niveau zu gestalten. Aber auch eine effiziente Verwaltung zur Umsetzung und Unterstützung der wirtschaftsnahen Prozesse sowie eine kompetente und engagierte Wirtschaftsförderung zur Begleitung von Investitionsprozessen sind wichtige Aspekte.
- Verkehr: Sowohl der innerstädtische Verkehr als auch die überregionale Verkehrsanbindung sind nicht nur unter logistischen Aspekten eine elementare Grundvoraussetzung für Arbeitnehmer\*innen und Betriebe. Dabei sollte insbesondere der öffentliche Verkehr, Bus- und Bahn, mit hoher Priorität entwickelt und auch die Chancen genutzt werden mit Hilfe der ansässigen Forschungseinrichtungen in der technologischen Entwicklung von Verkehrsmitteln eine Vorreiterrolle - „Leuchtturm“ - zu übernehmen. Dies gilt gleichermaßen für autonomes Fahren wie auch für die Entwicklung von Klima- und umweltfreundlichen Verkehrsmitteln und Verkehrskonzepten.
- Wettbewerbsfähige finanzielle Rahmenbedingungen: Die steuertechnischen Rahmenbedingungen müssen wettbewerbsfähig sein, was insbesondere bedeutet, dass Steuererhöhungen verhindert werden müssen. Die wirtschaftliche Entwicklung zur Standortsicherung und auch zur Ansiedlung neuer Unternehmen gelingt oft nur mit Hilfe einer geeigneten Förderkulisse und auch öffentlichen Investitionen. Hier gilt es sowohl die kommunalen Möglichkeiten zu optimieren als auch alle Optionen zur Generierung und dem Zugang zu überregionalen, Landes- und Bundesmitteln zu realisieren.
- Partnerschaften und Kooperation: Viele Projekte können nur in Zusammenarbeit mit Partner\*innen, insbesondere dem Landkreis Kaiserslautern und den weiteren angrenzenden Kommunen gestaltet werden. Gleiches gilt für die Vertretung kommunaler Interessen sowohl gegenüber

dem Land als auch dem Bund. Hier muss Kaiserslautern als Großstadt und in der Verantwortung als Oberzentrum eine führende und gestaltende Rolle übernehmen.

- Stärkung des Wissenschaftsstandortes und dessen regionale und überregionale Wirkung: Kaiserslautern gilt als erstklassiger Wissenschafts- und Forschungsstandort mit internationalem Ruf und großer Strahlkraft sowohl für Studierende als auch Wissenschaftler\*innen und Unternehmen. Insofern ist die TU Kaiserslautern als Marke auch Werbebotschafter für die Stadt. Der Erhalt der Marke mit dem Stadtnamen als festen Bestandteil ist entsprechend wichtig! Die wissenschaftlichen Einrichtungen sollen wieder verstärkt als Impulsgeber für die regionale Wirtschaft dienen und insbesondere Unternehmensgründungen initiieren. Erhebliches Potential für die Stärkung des Wirtschaftsstandortes und des Mittelstandes wird in einem intensivierten Zugang zu Forschungsergebnissen und dem verbindenden Austausch von Wissenschaft und Forschung mit der regionalen Wirtschaft vermutet. Diesen Standortvorteil gilt es massiv zu stärken und auszubauen.
- Bereitstellen und Vorhalten von Gewerbeflächen: Bei der Ansiedlung neuer, insbesondere größerer Unternehmen ist es im Wettbewerb der Standorte oft entscheidend, dass Flächen schnell verfügbar sind. Oft werden präventiv große Flächen vorgehalten oder auch auf Verdacht hin entwickelt. Die aktuelle ökologische Situation gebietet es jedoch, dass die Erschließung zusätzlicher, neuer Flächen nur sehr restriktiv erfolgen sollte. Dennoch muss eben im Kontext der Stadtentwicklung insgesamt auch bzgl. der Gewerbeflächenentwicklung zukunftsfähig geplant werden. Dabei gilt es auch die Optionen zur ökologischen Aufwertung vorhandener Gewerbeflächen zu prüfen oder auch die auf Vorrat reservierten Flächen zu hinterfragen. Im Ergebnis müssen Flächen verfügbar sein aber die Entwicklung aller Flächen, nicht nur Gewerbe, muss mit Blick auf die Notwendigkeiten der klima- und umweltorientierten Gestaltung erfolgen.

Abgesehen von der Betrachtung der sogenannten freien Wirtschaft muss auch die Stadt Kaiserslautern in ihrer Rolle als Arbeitgeber und Unternehmer mit besonderen Verantwortungen beleuchtet werden, zumal deren Gestaltung und Ausprägung in besonderem Maße vom Stadtrat geprägt werden kann.

So gilt es auch die gesamte Entwicklung der kommunalen Einrichtungen zu prüfen und auf die übergreifenden Ziele auszurichten. Dies gilt gleichermaßen für die Qualität der Arbeitsplätze wie auch für die Qualität der Leistungen aller kommunalen Einrichtungen. Auch hier wird in vielen Bereichen Verbesserungspotential vermutet: sowohl in der Digitalisierung der Verwaltung, in Personalentwicklungsprozessen und auch der Effizienz mancher Vorgänge.

Auch und gerade in der Verwaltung gilt es den zahlreichen engagierten Mitarbeiter\*innen adäquate und zeitgemäße Arbeitsplätze mit guten Perspektiven zu sichern!

Ein weiterer Betrachtungsaspekt sind die zahlreichen städtischen Gesellschaften. Hier haben sich in den vergangenen Jahrzehnten in Kaiserslautern Strukturen entwickelt, die ebenfalls unter Effizienzaspekten und z.T. auch aufsichtsrechtlichen Aspekten zu hinterfragen sind. Dabei ist zu prüfen, welche Rolle diese Gesellschaften im Kontext der Stadtentwicklung haben können und sollen – auch in Kenntnis der Tatsache, dass diese oft im Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsunternehmen stehen.

Insgesamt bietet Kaiserslautern zahlreiche Chancen und Gestaltungsoptionen für eine gute Stadtentwicklung, bei deren Realisierung im Ranking der Zukunftsfähigkeit deutscher Großstädte ein Sprung nach vorne erreicht werden muss!

Übergreifende Ziele im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung sind der Erhalt und die Stärkung der traditionellen mittelständischen Betriebe ergänzt um innovative Unternehmen, die Anwendung und Pilotierung neuer Technologien mit dem besonderen Fokus auch Innovationstreiber zukunftsgerichteter Lösungen i.S.v. bestmöglich ökologisch verträglich und zum Nutzen der Bürger\*innen in allen Bereichen. Ein wichtiges Ziel ist demnach, auch die Wirtschaft möglichst im Einklang mit den Nachhaltigkeitszielen zu entwickeln. Hier gilt es, Schritt für Schritt im Rahmen unserer Möglichkeiten zur Entwicklung einer Kreislaufwirtschaft beizutragen. Auch als Oberzentrum gilt es übergreifend regional Impulse zu setzen, um in der gesamten Region insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft und Handwerk eine große Vielfalt zu erhalten. Dies wiederum ist eine wichtige Basis für die

regionale und heimatnahe Produktion von Verbrauchsgütern und zahlt gleichermaßen auf ökologische Ziele als auch auf die Unterstützung und Stärkung des Mittelstandes und der Standortqualität insgesamt ein.

Die Wirtschaft soll so einen Beitrag leisten und Mitverantwortung sowohl zur stetigen Verbesserung der Lebensqualität übernehmen wie auch eine wichtige Grundlage für eine wirtschaftliche Stärkung der Kommune bilden.

Die Koalition ist sich sehr bewusst darüber, dass gerade der Bereich Wirtschaftsförderung und -entwicklung Zielkonflikte untereinander auslösen kann. Aber gerade in der Breite der Partnerschaft liegt auch die Stärke der Koalition, um hier gemeinsam langfristig tragfähige, sehr gute Lösungen für Kaiserslautern zu entwickeln.

## **Digitales**

Die technologischen Fortschritte der letzten Jahre eröffnen neue Möglichkeiten der Demokratiegestaltung. Bürger\*innen können leichter in den politischen Prozess mit eingebunden werden. Außerdem bietet die Digitalisierung neue Perspektiven der Zukunftsgestaltung. Kaiserslautern muss digitale Projekte voranbringen, um seine Bedeutung als wirtschaftlichen sowie Bildungs- und Forschungsstandort zu festigen und weiterzuentwickeln.

### *E-Government*

E-Government steht für eine Modernisierung des öffentlichen Verwaltungsapparats. Durch verstärktes Einsetzen von IT-Technologien und modernen Medien wird der Prozess effizienter und leichter. Behörden können untereinander sowie mit den Bürger\*innen einfacher kommunizieren. Steuererklärungen, die Anmeldung eines KFZ o.ä. wird online durchgeführt und erspart somit Zeit und Aufwand. Die Koalition strebt damit an, Behördengänge und Besuche bei städtischen Eigenbetrieben zu reduzieren. Arbeitsabläufe in der Verwaltung sollen somit optimiert werden. Außerdem soll ein Mängelmelder für Bürger\*innen eingerichtet werden. Über diesen können Fehler und Schäden an öffentlichen Infrastrukturen direkt an die städtischen Behörden übermittelt werden.

### *Open Parliament*

Der demokratische Prozess muss für Bürger\*innen der Stadt Kaiserslautern öffentlich zugänglich und nachvollziehbar sein. Deswegen möchte die Koalition die Ratsarbeit transparenter gestalten. Dazu gehört, dass Abstimmungsergebnisse und Ergebnisprotokolle ohne Hürden einsehbar sind. Perspektivisch muss zudem geprüft werden, ob eine Live-Übertragung der Stadtratssitzungen implementierbar ist.

### *Digitale Services*

Kaiserslautern muss die technologischen Fortschritte nutzen, um als Stadt weiterhin ein attraktives Angebot für seine Bürger\*innen aber auch für Tourist\*innen leisten zu können. Geoportale müssen ausgeweitet werden, um lokale Informationen einfach zugänglich zu machen. In diesem Zuge müssen Radwege kartographiert und graphisch verständlich dargestellt werden. Außerdem sollte eine Parkraum-App mit Informationen über verfügbare Parkplätze in der Stadt angedacht und umgesetzt werden.

## *Open Data*

Demokratie lebt von der Mitwirkung aller Bürger\*innen. Voraussetzung für eine erfolgreiche Zusammenarbeit von Politik, Bürger\*innen und Verwaltung ist eine gemeinsame Informationsbasis. Die Koalition setzt sich für mehr Transparenz und Offenheit in politischen Entscheidungsprozessen ein. Verwaltungsdaten, wie beispielsweise Statistiken, Geodaten oder Umweltinformationen, sollen daher nach Open Data Kriterien öffentlich zugänglich gemacht werden, sofern der Veröffentlichung keine Hinderungsgründe entgegenstehen. Das bedeutet, dass die erhobenen Rohdaten zeitnah und gebührenfrei in maschinenlesbarer Form online zur Verfügung gestellt werden. Offene Formate und Lizenzen ermöglichen eine umfassende Weiterverwendung und schöpfen so auch das wirtschaftliche und wissenschaftliche Potential der Daten aus. Hierfür ist es notwendig, dass bei Neuanschaffungen von Software darauf geachtet wird, dass diese offenen Schnittstellen unterstützen.

## **Sicherheit, Sauberkeit, Ordnung und Katastrophenschutz**

### *Sicherheit*

Die Koalition bekennt sich zu dem Ziel, Kaiserslautern sicherer zu machen. Alle Menschen sollen sich in unserer Stadt sicher fühlen und vor Gewalt und Gefahren aller Art verschont bleiben.

Das Ordnungsamt ist die zentrale Stelle in unserer Stadt bei der Aufrechterhaltung und Durchsetzung von Recht und Ordnung. Damit die Bediensteten ihrer wichtigen Arbeit bestmöglich nachkommen können, sind optimale Aus- und Weiterbildung sowie Ausstattung unabdingbar.

Eine verstärkte Polizeipräsenz, zu bestimmten Zeiten und an bestimmten Orten, kann das Sicherheitsgefühl der Menschen in unserer Stadt stärken. Daher möchte die Koalition, dass Stadt und Land ein gemeinsames und auf die Stadt zugeschnittenes Vorgehen abstimmen. Die Koalition möchte das Land auffordern, die personellen Kapazitäten der Polizei zu verbessern mit dem Ziel die in Kaiserslautern vorhandene Straßenkriminalität zu reduzieren und Straftaten konsequent zu verfolgen.

Um eine Überlastung der städt. Ordnungskräfte auszuschließen, muss die Praxis des Landes, seine originären Sicherheitsaufgaben verstärkt auf die Kommunen zu delegieren, gestoppt und ggfls. wieder rückgängig gemacht werden.

Die Koalition setzt sich für ein Konzept „Sicherer Schulweg“ ein. Gemeinsam mit allen Akteur\*innen soll geprüft werden, wie die Schulwege für unsere Kleinsten noch sicherer gemacht werden können. Egal zu welcher Jahreszeit, ob zu Fuß, mit dem Bus, dem Fahrrad oder dem Auto, Gefahren müssen systematisch ausgeschlossen werden.

Sicherheit im Stadtbild entsteht selbstverständlich am ehesten dann, wenn Vandalismus und Kriminalität erst gar nicht entstehen. Daher möchte die Koalition ein Streetworker-Konzept für Kaiserslautern. Darin sollen Bedarf, Personalausstattung und Strategien gebündelt werden, um mit Menschen ins Gespräch zu kommen, die möglicherweise ein Gefährdungspotential besitzen. So können niederschwellig Probleme frühzeitig erkannt werden und individuelle Angebote gemacht werden.

### *Sauberkeit*

Um die Aufenthaltsqualität in Kaiserslautern zu steigern, benötigt es ein gewisses Maß an Sauberkeit. Hier sind alle Bürger\*innen gefragt.

An Orten, an denen viel Hundespaziergänge stattfinden und die Verschmutzung durch Hundekot besonders hoch ist, möchte die Koalition Tücher und Eimer in ausreichender Zahl vorhalten lassen. Konzepte gegen „Wildpinkeln“ sollen geprüft werden und ausreichend öffentliche Möglichkeiten vorhanden sein.

Kaiserslautern hat ein Rattenproblem. Um diesem Problem zu begegnen, soll eine möglichst einmalige großangelegte Bekämpfungsaktion durchgeführt werden. Anschließend soll eine Vermeidungsstrategie implementiert werden, die die Bevölkerung mitnimmt und über Möglichkeiten aufklärt, Ratten anzulocken und privat zu bekämpfen.

Die Koalition möchte die vielen Grünflächen der Stadt so nutzen, dass sie der Aufenthaltsqualität zuträglich sind, möglichst kosteneffizient angelegt und gepflegt werden können und einen möglichst hohen ökologischen Nutzen mit sich bringen. Kaiserslautern braucht ein attraktiveres Straßenbegleitgrün, das die Sicherheit im Straßenverkehr nicht gefährden darf. Blühstreifen müssen regelmäßig auf ihre Tauglichkeit überprüft und die Saatenmischung gegebenenfalls angepasst werden.

### *Ordnung*

Wer gezielt und wissentlich öffentliche Orte verunreinigt oder beschädigt oder Ordnungswidrigkeiten begeht, muss die Konsequenzen dafür tragen. Die Koalition verständigt sich auf entsprechende Anpassungen des städtischen Bußgeldkatalogs. Vorbild kann an dieser Stelle das „Mannheimer Modell“ sein. Landesrechtliche Hindernisse sind hierfür zu identifizieren und ggfls. entsprechende Rechtsanpassungen vom Land einzufordern. Begleitet werden soll dieser Prozess durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit, um die Bürger\*innen zu sensibilisieren.

Kaiserslautern ist eine tierfreundliche Stadt. Die Koalition bekennt sich insbesondere zu Hunden als Freunde des Menschen und fordert eine möglichst artgerechte Haltung ein. Zu einer verantwortungsvollen Haltung gehört auch eine Beteiligung an öffentlich anfallenden Kosten durch das Entrichten der Hundesteuer. So können Angebote für Hundehalter\*innen gemacht und anfallende Verunreinigungen kompensiert werden. Die Koalition möchte über eine einmalige Abfrage aller Haushalte erreichen, dass etwaige nicht angemeldete Hunde

gemeldet und ihre Halter\*innen so ihrer Pflicht nachkommen können. Positive Erfahrungen aus Koblenz sollen hier als Vorbild gelten.

### *Katastrophenschutz*

Der Alltag in Kaiserslautern ist verglichen mit anderen Orten selten von großen Unregelmäßigkeiten geprägt. Dennoch gehört es zu einer sicheren Stadt, dass sie auf den Fall der Fälle vorbereitet ist. Im Katastrophenfall müssen Zuständigkeiten geklärt sein und Prozesse unverzüglich anlaufen, um Gefahren zu minimieren und die Sicherheit der Bevölkerung zu garantieren. Deshalb möchte die Koalition für möglichst alle Szenarien (GAU Cattenom, Terroranschläge, mehrtägiger Stromausfall, etc.) mit allen beteiligten Akteur\*innen Katastrophenschutzkonzepte und Ablaufprotokolle erarbeiten und implementieren. Bestehende sollen auf Vollständigkeit und Umsetzbarkeit geprüft und gegebenenfalls optimiert und erweitert werden.

## **Bildung**

Bildung im Bereich städtischer Institutionen beginnt für die Koalition nicht erst mit dem Eintritt der Kinder in die Grundschule. Auch die Kitas sind für uns Bildungseinrichtungen, die es entsprechend zu fördern gilt. Sowohl die musikalische Früherziehung als auch das Projekt „Haus der kleinen Forscher“ sollten in vielen Kitas umgesetzt werden. Für die Finanzierung des zusätzlichen Aufwandes könnte die Bürgerhospitalstiftung aufkommen.

Für die Grundschulen sehen wir das Prinzip „Kurze Wege für kurze Beine“ als eine wichtige Prämisse an. Dies bedingt zum einen, dass alle bisherigen Grundschulstandort erhalten werden sollen. Zum anderen setzen wir uns für eine Prüfung eines Grundschulstandortes Siegelbach ein. Das Gebäude der ehemaligen Hauptschule in Siegelbach könnte dazu verwendet werden sobald die Christliche Schule (Paul-Gerhardt-Schule) eine andere Bleibe gefunden hat. Eine dazu notwendige Änderung der Schulbezirksgrenzen wäre bei der ADD zu erwirken. Bei dieser Frage sollte auch eine größere Flexibilität als bisher überdacht werden.

Falls Grundschulen einen Ganztagsbetrieb beantragen, werden wir dieses Ansinnen unterstützen. Die Realität in vielen Familien zeigt, dass berufstätige Eltern eine sinnvolle Betreuung ihrer Kinder brauchen und wünschen.

Wir bekennen uns zur Schulsozialarbeit für alle Schularten.

Wir setzen uns für die Fortentwicklung der Schullandschaft in Kaiserslautern und für die Qualitätsentwicklung in den einzelnen Schularten zum Wohle der Schüler\*innen ein.

Der Digitalpakt Schule ist zeitnah und konsequent umzusetzen und die Funktionalität ist sicherzustellen.

Die Installation digitaler Instrumente in die Bildung der jungen Generation ist mit Blick auf die Arbeitsplätze der Zukunft unabdingbar. Zugleich können die Chancen von Kindern und Jugendlichen auf gesellschaftliche Partizipation mithilfe digitaler Möglichkeiten gezielt gefördert und entwickelt werden. Wichtig ist dabei, den jetzt agierenden Pädagog\*innen auf kommunaler Ebene die Möglichkeit zu entsprechender Weiterbildung und kollegialem Austausch zu schaffen, bewusst auch in Crossover-Veranstaltungen, dass nämlich schulische, Jugend- und Kinderpädagog\*innen in strukturierter Form professionelle Impulse erhalten und in kollegialen Austausch treten können, damit die auf kommunaler Ebene vorhandene Expertise im Sinne der Entwicklung unserer Stadtgesellschaft möglichst effektiv wirksam

werden kann. Hierfür ist wünschenswert, eine Anlaufstelle auf kommunaler Ebene zu schaffen, die die Bedarfe an Weiterbildung und Austausch hinsichtlich digitaler (und gern hinzukommend jedweder weiterer pädagogischer) Instrumente auf kommunaler Ebene in Kommunikation mit der gesamten pädagogischen Landschaft eruiert und gezielt entsprechende Formate anbietet.

Nachhaltige Gebäudewirtschaft erfordert eine nicht nur eine Sanierung der Schulgebäude im Rhythmus von 30 oder 40 Jahren. Die Gebäude sollen kontinuierlich gepflegt werden. Dazu erscheint es uns unablässig zu sein, dass jede Schule über eine\*n eigene\*n Hausmeister\*in – wenn möglich mit Residenzpflicht - verfügt, der das Gebäude und den Schulhof im Blick hat. Ein funktionierendes Sekretariat mit entsprechender Ausstattung versteht sich für die Koalition von selbst.

Beim Thema Bildung auf kommunaler Ebene kommt den außerschulischen Lernorten natürlich besondere Bedeutung zu, da Einwirkung und Gestaltung dort direkt durch lokale Akteur\*innen erfolgen können. Zu den außerschulischen Lernorten zählen die kulturellen Einrichtungen mit ihren Angeboten für Kinder und Jugendliche genauso wie Jugendzentren mit ihren Projekten oder Sport-, Pfadfinder und alle weiteren Vereine und Vereinigungen, die sich mit ihren Angeboten an Kinder und Jugendliche wenden. Hier können Kinder und Jugendliche außerhalb des schulischen Bewertungssystems ihre Kreativität und Kompetenzen entwickeln sowie Erfolg und Wertschätzung erfahren - eine Unterstützung ihrer Bildungslaufbahn von unschätzbarem Wert. Diese Orte der informalen Bildung auf kommunaler Ebene systematisch und gezielt zu unterstützen und ihren großen Wert für die Bildungslandschaft von Stadt und Kreis herauszuheben ist der Koalition ein wichtiges Anliegen. Auch die Bildungseinrichtungen Volkshochschule, Musikschule und Stadtbibliothek wollen wir im gewohnten Maß unterstützen.

## Gesundheit

### *Ausbaustillstand Westpfalzkrlinikum*

Wegen der Kappung ausgehandelter Landesmittel Standort Kaiserslautern befindet sich das Klinikum im Ausbaustillstand. Eine intensive Forderung nach der Finanzierung für die Fertigstellung der Sanierung ist für die Koalition unumgänglich. Aus diesem Grund werden wir diesbezüglich eine Resolution an die Landesregierung verabschieden.

Die Zusage des Landes für eine Finanzierung mit 25 Mio.€ wurde Anfang 2019 zurückgezogen. Das Klinikum kann die Kostensteigerung nicht aus eigener Kraft tragen, weshalb bisher weiterhin nicht mit der Sanierung fortgefahren werden konnte. Ohne diese Baumaßnahme besteht nunmehr für die nächsten Jahren weiterhin die kritische Situation der hygienisch, funktionell und komfortmäßig völlig unzureichenden Unterbringung von ca. 200 betroffenen Patient\*innen. Diese Umstände führen dazu, dass viele Patient\*innen das Westpfalzkrlinikum meiden, was auch dadurch ökonomisch kritisch ist, da Stadt und die Landkreise Kusel und Donnersbergkreis als Gesellschafter für die Verluste aufkommen müssen. Hier besteht dringlicher Handlungsbedarf!

Besonders wichtig ist uns außerdem, die Privatisierung des Westpfalz-Klinikums zu verhindern.

### *Ausbau des Westpfalzkrlinikums in Kooperation mit der TU Kaiserslautern zur klinischen medizinischen Fakultät*

Die Landesregierung hat richtig erkannt, dass Rheinland-Pfalz mit nur einer medizinischen Fakultät in Mainz viel zu wenig Mediziner\*innen ausbildet und deshalb anderenorts studierte Mediziner\*innen „importieren“ muss. Nun soll allerdings eine weitere klinische Fakultät in Trier gegründet werden. Die Koalition hält den Standort Kaiserslautern für besser geeignet, da an der TUK bereits fast alle naturwissenschaftlichen Fächer auf hohem Niveau vertreten sind und zahlreiche Kooperationen mit der TU und den umliegenden KI – und Softwareinstituten und Unternehmen bestehen. Ein Ausbau zur Uniklinik hätte erhebliche Anziehungskraft auf medizinisches Fachpersonal, das dann mit größerer Wahrscheinlichkeit nach Studium /Ausbildung in der Region hier seine Tätigkeit aufnimmt.

Kaiserslautern ist hier eindeutig der bessere Standort, deshalb unterstützen wir die Implementierung als weitere Uniklinik neben Mainz.

### *Präventive Maßnahmen*

Die Koalition wird prüfen, ob und in welchem Ausmaß ein Umstieg der ÖPNV auf Gas-/Elektro-/Wasserstoff-Antrieb zu einer Absenkung des Schadstoffausstoßes sorgen würde. Falls es zu einer spürbaren Verbesserung kommen könnte, wäre für uns aus gesundheitlicher Sicht ein Umstieg obligatorisch.

Am Ende der letzten Legislatur wurde bereits eine Resolution zum Thema Kerosinablass vom Stadtrat verabschiedet. Diese hat an Aktualität nichts verloren. Deshalb setzen wir uns weiter dafür ein, dass die Forderungen der Resolution immer wieder laut werden und Gehör finden und weiter an einer politischen Lösung gearbeitet wird.

Bezüglich Schadstoffen wollen wir auch mögliche PCB-Belastung in öffentlichen Gebäuden prüfen und eine Prüfung für Privatbesitz anbieten.

Die Koalition wird die Erarbeitung eines Ernährungs- und Bewegungskonzept für Kitas, evtl. an einem runden Tisch mit den Kitas und dem Ökoprogramm, veranlassen.

### *Kurative Maßnahmen*

Das erfolgreiche Pilotprojekt "Gemeindeschwester+" werden wir fortführen und flächendeckend weiter ausdehnen. Die Gemeindeschwester+ berät Senior\*innen über Hilfsangebote und vernetzt professionelle und ehrenamtliche Akteur\*innen und ermöglicht so vielen Menschen, länger in ihrer häuslichen Umgebung zu bleiben.

Weiterhin werden wir dafür sorgen Pflegewohnungen zu implementieren, eventuell in Zusammenarbeit mit der Bau AG.

Am Vorbild des bereits bestehenden Portals für Kindertagesstätten möchten wir ein Portal für Altenpflegeeinrichtungen anbieten, in dem auch die Überleitpflege aus dem KH mit einbezogen wird. So soll ein Überblick über freie Plätze in den verschiedenen Einrichtungen der Stadt geschaffen werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass unser Krankenhaus von einem Rettungshubschrauber angefliegen werden kann, bei dem auch die Besatzung des Rettungshubschraubers hauptsächlich aus dem Westfalzklinikum gestellt wird.

Weiterhin möchten wir dem Mangel an verfügbaren Therapeut\*innen entgegenwirken, indem wir uns für eine kostenfreie Ausbildung in der Logopädie und Ergotherapie einsetzen.

*Bekämpfung der Unterfinanzierung des Gesundheitswesens durch Abschaffung des Gesundheitsfonds, Abschaffung des „Risikostrukturausgleichs“ unter den Kassen und vor allem der Disease-Management-Programme*

Vor Schaffung des Gesundheitsfonds haben die Krankenkassen ihre Beiträge selbst erhoben und mussten damit auskommen. Durch die absurd aufwändige Umverteilungsbürokratie haben die Patient\*innen im Endeffekt keine Vorteile. Die Zahl der Krankenkassenmitarbeiter\*innen liegt aber dadurch mittlerweile in der Größenordnung der Zahl niedergelassener Ärzt\*innen. Vor allem aber belasten die Krankenkassenmitarbeiter\*innen die an den Patient\*innen Tätigen mit entsprechender Zusatzbürokratie, ohne dass das dafür erforderliche zusätzliche Personal gegenfinanziert wird.

Die Disease-Management-Programme führen zu verstopften Praxen und Minderung der Kapazitäten zur Behandlung akut Kranker. Bisher ist für keine der Programme ein Patientennutzen erwiesen worden, der nicht auch anders hätte erreicht werden können. Die nötigen Zuwendungen aus dem Gesundheitsfonds führen dazu, dass die Kassen die Patient\*innen zum Einschreiben in die Programme drängen. Die dafür bereitgestellten Mittel fehlen für die sonstige Versorgung: Im fachärztlichen Bereich werden derzeit nur ca. 80-85% der Leistungen bezahlt, weil das Budget nicht zur Bedienung aller angeforderten Leistungen reicht. Die Niedergelassenen und ihre Angestellten leisten also jetzt schon in erheblichem Umfang Gratisarbeit. Dies führt zu einer erheblich abnehmenden Motivation zur Niederlassung für alle Bereiche im Gesundheitswesen.

Wir fordern daher die Abschaffung des Gesundheitsfonds und der Disease-Management-Programme.

*Abbau der Bürokratie und Kontrolle der Krankenkassen*

Die Koalition setzt sich für einen Abbau unnötiger Bürokratie bei der Prüfung durch die Krankenkassen ein.

Derzeit werden mindestens 15 % der Krankenhausrechnungen einseitig gekürzt, wobei die Kontrollinstanz der Medizinische Dienst der Kassen ist, also keine neutrale Kontrollinstanz. Die immer differenzierteren und kaum noch korrekt umzusetzenden Vorschriften zur

Rezeptierung etc. erfordern einen enormen (Kontroll-)Aufwand auf Kosten der Arbeitskraft in der Patientennversorgung auf allen Ebenen. Auch im Pflegebereich besteht eine groteske Dokumentationsverpflichtung, die ebenfalls zu viel Zeit kostet und vor allem die Berufszufriedenheit zunichtemacht, was langfristig zur weiteren Verknappung des Arbeitskräfteangebots führt.

### *Vergütungsanhebung*

Aus den Einsparungen durch die Abschaffung der DMP / des Gesundheitsfonds (bzw. wenn diese nicht umgesetzt werden aus Kassen – oder Steuermitteln) fordern wir eine leistungsgerechte Vergütung für alle Leistungserbringer\*innen an den Patient\*innen. Hier sind insbesondere die Bereiche der Physio-, Ergo-, Logopäd\*innen und medizinischen Fachangestellten (MFA) gemeint, die gegenüber dem Lohnniveau vergleichbar anspruchsvoller und belastender Tätigkeiten in den letzten Jahrzehnten besonders deutlich unterbezahlt sind. Dies ist bedingt durch die Deckelung der Vergütungen durch die Krankenkassen (die Anhebungen waren jahrzehntelang unter der sonstigen Lohnentwicklung). Krankenschwestern hatten vergleichsweise bessere Lohnerhöhungen, die aber z. B. im Bereich der ambulanten Pflege nicht kostendeckend gegenfinanziert wurden, sind aber von Ausweitung der Dokumentationspflichten und der Arbeitsverdichtung besonders betroffen.

Da MFAs vor allem bei niedergelassenen Ärzt\*innen angestellt sind, ergibt sich dort das Problem der jahrzehntelang nicht gegenfinanzierten Lohnerhöhungen mit entsprechendem Lohndruck, was für alle Selbständigen im Gesundheitswesen gilt, die von restriktiven Kassenvergütungen abhängig sind. Dies hat dazu geführt, dass praktisch alle genannten Berufsgruppen mittlerweile zu den Mangelberufen gehören und damit die Patientenversorgung gefährdet wird.

### *Umorientierung bei den Fallpauschalen*

In den letzten Jahren wurden Grundleistungen immer schlechter dotiert, während Spezial – und Maximalversorgung stärker unterstützt wurden. Dies hat in einigen Bereichen zu einer kritischen Unterfinanzierung geführt, z. B. bei Kinderkliniken und in der Gynäkologie und vor allem Geburtshilfe. Beim Westpfalzkrankenhaus führt die Versorgung von über 80% der Patient\*innen nur zu 20% der Einnahmen - die Grundversorgung muss also aus der

Spitzenmedizin und durch Privatpatient\*innen subventioniert werden.  
Hier ist dringend eine Umorientierung nötig, die wir vorantreiben werden.

## Umwelt

### *Stadtgrün*

Die weitere Ausdehnung der Siedlungsfläche in Kaiserslautern zu vermeiden und die Innen- vor die Außenentwicklung zu setzen, steht für die Koalition stadtplanerisch an erster Stelle. Wir setzen auf „Doppelte Innenentwicklung“, was bedeutet, die Flächenreserven sinnvoll für Bauland zu nutzen, aber an eine Aufwertung im Grünbereich zu koppeln, zum Beispiel durch Aufwertungen im Quartier oder am Bauvorhaben selbst. Dafür werden wir im Stadtgebiet Schwerpunkträume definieren.

Weiterhin werden wir die Aufstellung eines Grünflächenkonzepts für Kaiserslautern veranlassen, dass neben Parks oder Spielplatzrändern sämtliche bepflanzten Flächen im Besitz der Stadt enthalten soll. Dies soll zukünftig Möglichkeiten zur Vernetzung von Lebensräumen in der Innenstadt oder Aspekte der Frischluftversorgung, Staubbindung oder der kleinräumigen Klimawandelvorsorge (Hitzeminderung, Erholung, ...) besser erkennbar machen und so zu politischen und planerischen Entscheidungen beitragen.

Wir unterstützen die Begrünung von Fassaden und Dächern: Wir werden Privatpersonen dabei unterstützen und bei öffentlichen Gebäuden mit gutem Beispielvorgehen. Straßenbäume sind zu erhalten und bei Lücken nachzupflanzen.

### *Kaltluftschneisen*

Bereits vorhandene Kaltluftschneisen sollen von zusätzlicher Bebauung freigehalten werden, um der Luftverschmutzung in der Innenstadt entgegenzuwirken. Das wichtige Kaltluftbildungsgebiet am Sonnenberg / Burggraben (östlich Schulzentrum Nord) darf nicht zugebaut werden. Diese Maßnahmen sind für die Koalition verbindlich.

### *Naturschutz*

Baumschutzmaßnahmen müssen in Baugenehmigungsverfahren vertraglich verankert und deren Umsetzung unter Anwendung eines Bußgeldkatalogs kontrolliert werden. Wir werden verabredete Standards überwachen (lassen) und den Wald und die Grünflächen der Stadt auch für die zunehmenden Gefahren des Klimawandels zukunftsfähig gestalten. Vollzugsdefizite sollen dabei möglichst verringert werden.

Die Koalition ist sich einig, dass das Grünflächenkonzept und das Grünflächenpflegekonzept zur Förderung von mehr Biodiversität weiterentwickelt werden muss. Dazu sieht die Koalition eine Weiterbildung der Mitarbeiter\*innen in den Pfllegetrupps im Bereich Pflanzenphänologie (Wuchsformen, alters- und jahreszeitliche Entwicklung) und Förderung von Biodiversität als dringend notwendig. Die Koalition wird im Stadtrat beschließen, dass mindestens die Teamleiter\*innen / Vorarbeiter\*innen der für städtische Flächen beauftragten Pfllegetrupps an einer für Mahd und Gehölzschnitt zugeschnittene Fortbildung mit dem Schwerpunkt der ökologisch richtigen Pflegemaßnahme teilnehmen. Diese ist für alle Teamleiter\*innen verbindlich.

Bei der Waldbewirtschaftung setzt sich die Koalition für eine Naturlandzertifizierung als Weiterentwicklung zur bisherigen FSC – Zertifizierung ein.

Den Pfälzerwald als einzigartigen, schützenswerten Naturraum werden wir durch die Kernzonen, in denen menschliche Aktivitäten maximal beschränkt sind, bestmöglich bewahren. Eine weitere Kernzone wird mit den Partner\*innen aus Natur – und Umweltschutz sowie dem Forst ins Auge gefasst. Das Konzept des Biosphärenreservats und insbesondere der Kernzonen soll zukünftig besser kommuniziert und für die Kernzonen schnellstmöglich beschildert werden.

Weiterhin werden wir uns die Renaturierung einiger Fluss- und Bachabschnitte vornehmen und somit die Rückkehr von mehr Biodiversität fördern. Dabei wird in den nächsten vier Jahre ein Schwerpunkt auf Gewässerrenaturierung mit gleichzeitiger Verbesserung von Retentionsmöglichkeiten gesetzt. Außerdem werden wir prüfen, inwiefern die Moore im Landstuhler Bruch reaktiviert werden können.

Zu der für das Stadtgebiet beschlossenen Nährstoffnachhaltigkeitsrichtlinie soll in den kommenden zwei Jahren eine an den Böden ausgerichtete Bewirtschaftungskartierung mit Anpassung des Forstwirtschaftsplans erstellt und kommuniziert werden. So können stadtnahe Waldbereiche identifiziert werden, die eher „aufgeräumt“ bewirtschaftet werden und andere besser erklärt werden, in denen Kronenholz ungeschreddert verbleiben soll.

## *Abfall*

Die Bürger\*innen sollen weiter zur Abfallvermeidung, zur Wiederverwendung von Abfällen und zur sortenreinen Abfalltrennung motiviert werden. Dazu bedarf es einer Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit und der umweltpädagogischen Angebote. Die getrennt erfassten Abfälle sollen weiterhin hochwertig recycelt und verwertet werden. Wir wollen die Abfallwirtschaft weiter zur Kreislauf- und Ressourcenwirtschaft entwickeln. Aber auch die Vorhaltung von Beseitigungsoptionen für nicht mehr nutzbare oder schadstoffhaltige Abfälle gehört zur kommunalen Gesamtverantwortung der Gewährleistung von Entsorgungssicherheit. Die Ausgestaltung der Abfallentsorgungsleistungen soll die Vermeidung von Abfällen, die Getrennthaltung dieser und die hochwertige Nutzung derselben fördern. Dabei sollen die Bürger\*innen nicht durch höhere Kosten oder eine Einschränkung des Leistungsangebots belastet werden. In geeigneten Gebieten können neue Abfallerfassungssysteme zum Beispiel mit zentralen Sammelstellen und bedarfsgerechter Leerung erprobt werden.

Die Nutzung der Digitalisierung zur Optimierung von Prozessen sollte auch in der Abfallwirtschaft erfolgen. Gemeinsam mit Politik, Verwaltung, ZAK, Landkreis und weiteren Beteiligten sollen in den kommenden Jahren entsprechende entwickelt und umgesetzt werden. Eine weitere Zusammenarbeit von Stadt und Landkreis auf diesem Feld kann Vorteile für Ökologie, Ökonomie und Dienstleistungsqualität bringen.

Für Kaiserslautern umsetzbare Ideen werden wir beschließen. Darunter sehen wir zum Beispiel auch eine bessere Kommunikation mit amerikanischen Nutzern unseres Abfallsystems in Hinblick auf eine bessere Mülltrennung.

## *Umweltgifte*

Wir wenden uns gegen Kerosinablass. Wir werden uns auf allen politischen Ebenen weiterhin für einen transparenten und verantwortungsvollen Umgang mit diesem Thema einsetzen. Auf die Umsetzung bereits beschlossene Resolution werden wir konsequent drängen.

## *Lärmschutz*

Die Koalition setzt sich verbindlich dafür ein, dass der Fluglärm über der Stadt - insbesondere nachts - abnimmt. Auch der Betrieb des Bahnhofs, der angeschlossenen Gewerbebetriebe und der Bahn sollte leiser werden. Ob die Lärmschutzeinrichtungen entlang der erneuerten A6,

inkl. der über die Lärmschutzwände gelangenden Anteile (z. B. nach Erzhütten) ausreichend sind, ist zu überprüfen. Ggfls. sind Nachbesserungen beim LBB einzufordern.

### *Tierschutz*

Tiere als unsere Mitgeschöpfe müssen geschützt und wertgeschätzt werden. Um diese Überzeugung auch in unserer Stadt zu implementieren, werden wir beantragen, bei der Beschaffung auf Tierschutzkriterien zu achten: Fleisch und sämtliche Tierprodukte, die im Stadtkonzern zum Einsatz kommen, werden nur noch aus ökologischen Betrieben mit zertifizierter artgerechter Haltung stammen, oder heimisches Wild umfassen.

Die Koalition strebt eine Kastrationspflicht für Katzen und, sofern möglich, eine Registrierung von Katzen sowie eine Katzensteuer an.

Die einzelnen Parteien können neben dieser Absprache noch weitere Anträge in Richtung Tierschutz einbringen, welche nicht unbedingt von Seiten der anderen Parteien mitgetragen werden.

### *Gewichtung und Transparenz von Naturschutz in der Bauleitplanung*

Die Koalition wird gemeinsam mit der Verwaltung konzeptionell daran arbeiten, wie durch bessere und stärker gewichtete Darstellung ablehnender Positionen oder Argumente des Natur- und Klimaschutzes (Referat Umwelt, Naturschutzbeirat, Stellungnahmen) in den Entscheidungsprozessen stärker erkennbar werden und so besser berücksichtigt werden. Entsprechende Änderungen wird die Koalition bis spätestens Ende 2022 beschließen.

## **Klima**

Der menschengemachte Klimawandel ist eine reale Bedrohung für die menschliche Zivilisation, deren Auswirkungen heute in Kaiserslautern deutlich sichtbar sind. Wir wollen in Kaiserslautern die klimaschädlichen Emissionen der Stadt im Einklang mit dem 1,5 Grad Ziel von Paris reduzieren. Bei den gegenwärtigen THG-Emissionen ist unser Budget spätestens im Jahr 2030 vollständig aufgebraucht. Dies erfordert große Anstrengungen in allen Politikfeldern und die Mitnahme aller Teile der Bevölkerung dieser Stadt. Wir verpflichten uns daher zu einer konsequenten und transparenten Umsetzung des „Masterplanes 100% Klimaschutz“ und seine Anpassung an die notwendige Emissionsreduktion.

Die Stadt Kaiserslautern leidet heute unter den Auswirkungen des Klimawandels. Es sind ebenso dringende Maßnahmen zur Klimaanpassung (Klimaanpassungskonzept) der Stadt zu ergreifen, transparent und konsequent umzusetzen. Nur auf dieser Grundlage kann sich Kaiserslautern auch zukünftig zu einer menschenwürdigen, lebenswerten und attraktiven Stadt entwickeln.

Um den unvermeidbaren Einfluss des Klimawandels auf unser Stadtbild zu minimieren und die uns umgebenden Ökosysteme zu bewahren, verpflichtet sich die Koalition, den Umweltschutz und Nachhaltigkeit im Falle jeder baulichen oder wirtschaftlichen Abwägung als oberstes Entscheidungskriterium anzuwenden.

### *Solaroffensive*

Im Rahmen des Masterplans werden unter dem Vorbehalt der Kostendeckung auf allen Gebäuden der Stadt Photovoltaikanlagen installiert und ebensolche private Maßnahmen unterstützt. Bei Baubeginn bis zum 31.12.2020 behält die SWK vorrangig das Zugriffsrecht. Ab 01.01.2021 werden alle verbleibenden Gebäude dem freien Markt zur Verfügung gestellt.

In diesem Zuge müssen auch passende Energiekonzepte für alle städtischen Gebäude (auch unter Denkmalschutz) erarbeitet und umgesetzt werden, die eine Steigerung der Baustandards öffentlicher Gebäude sicherstellen. Um die Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen zu gewährleisten, wird eine Leitlinie für die Sanierung öffentlicher Gebäude erarbeitet und ein Maßnahmenkatalog formuliert.

Wesentlich für die nötige Entwicklung der technischen Ausrüstung städtischer Gebäude und Anlagen ist in den betreffenden Abteilungen die notwendige Kompetenz aufzubauen. Nur auf diese Weise kann die Umsetzung gelingen.

### *Nachhaltiger Gebäudebestand*

Die Sanierung öffentlicher Gebäude soll mit all ihren Maßnahmen als Vorbild für Bürger\*innen dienen können und zum Handeln anregen. Besonders bedeutend für die möglichst klimaneutrale Gestaltung von Wohn- und Gewerbegebieten ist auch die Erarbeitung und Umsetzung von Quartiersenergiekonzepten seitens der Stadt. So werden den Einwohner\*innen Hilfestellung und Vorbilder gegeben, Ressourcen zu sparen und auf erneuerbare Energien umzusteigen.

Eine Beratung der Bürger\*innen zur Erlangung von Fördermitteln und Erledigung des Antragsverfahrens kann ein Beitrag für den Erfolg sein.

Auch in der Bauleitplanung (Bebauungspläne) muss der Wandel zu erneuerbaren Energien durch möglichst starke Vorgaben zum Energiesparen und zur Gewinnung und Nutzung erneuerbarer Energien unterstützen. Daher machen wir, wie im Klimaschutzkonzept bereits beschlossen, die Mindestanforderungen des KfW-Effizienzhauses 40 zum Baustandard.

Ebenso muss zur Klimaanpassung die Steigerung der Energieeffizienz und Resilienz u. a. durch Vorgaben zur Dach- und ggf. Fassadenbegrünung, Retentionsflächen etc. vorgegeben werden.

### *Energiewende*

Die Koalition strebt an, die regionalen Energiepotentiale bestmöglich zur Deckung des eigenen Energiebedarfs zu erschließen und den Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger auch bei allen städtischen Beteiligungen im Einklang mit dem Klimaschutzkonzept der Stadt voranzutreiben. Weiter hinaus sollen sie zur Verwirklichung beitragen und infolgedessen Energiekonzepte erstellen.

Darüber hinaus dienen die Installation von regenerativen Energieanlagen, die Erschließung der energetischen Potenziale aus Müll und Abwasser, Solar- und Geothermie und Industrieabwärme und ein Fernwärmekonzept einer effizienten Energiewirtschaft. Ein Energiemonitoring in allen öffentlichen Gebäuden wird umgesetzt.

Neben der Erschließung erneuerbarer Energien für die elektrische Nutzung muss auch der Ausbau der thermischen Nutzung im Bereich der Fernwärme forciert werden. Dazu soll in geeigneten Gebieten bauleitplanerisch ein Vorrang für die Niedertemperatur-Fernwärmeversorgung eingeräumt werden. Weiterhin soll die Gewinnung von Fernwärme durch den Zubau von Gewinnungsanlagen, die z.B. regionale Biomasseabfälle einsetzen, z.B. als Kooperation von SWK und ZAK ausgebaut werden. Daneben müssen industrielle Restwärme und Speicherkonzepte zur Effizienzsteigerung und Lastverteilung genutzt werden.

Bei der Neubeschaffung von Fahrzeugen wird die Stadt ausschließlich Fahrzeuge ohne Antriebe mit fossilen Energieträgern erwerben, außer wenn dies nicht wirtschaftlich oder betrieblich darstellbar ist, dann sollen Antriebstechniken basierend auf regenerativen Energien, wie z. B. Gasmotoren (Biogas) bevorzugt werden. Hierbei sind wo immer möglich die (neuen) Rahmenverträge des Landes zu nutzen.

Die Gewinnung, der Vertrieb und die Nutzung von Wasserstoff aus erneuerbaren Energieträgern könnte perspektivisch eine ökologische, technologische und innovative Chance sein. Die kommunalen Akteur\*innen können unter Vorbehalt der Rentabilität und unter Nutzung von Förderinstrumenten hier aktiv und initiativ werden. Die Initiative „Blue Corridor“ der SWK, der ZAK und der WVE bieten Ansätze hierzu. Der Konzern Stadt könnte unter Vorbehalt der Rentabilität diese Entwicklung durch die Nutzung des Wasserstoffs in der Mobilität und des Sauerstoffs z.B. in der Abwasserreinigung fördern.

Der Bau von Windenergiegroßanlagen kommt in der laufenden Wahlperiode nicht in Betracht. Der Bau von Windkraftanlagen die weniger als 1.000 Meter Abstand zur nächstliegenden Wohnbebauung haben, oder für deren Bau Waldfläche gerodet werden müsste, ist für die Koalition ausgeschlossen.

Mit dem Projekt EnStadt:Pfaff ist es gelungen, das Leuchtturmprojekt der deutschen Energiewende nach Kaiserslautern zu holen. Erstmals wird im Bestand eine Siedlung entwickelt, bei der alle Energieverbräuche zusammen gedacht und vernetzt werden: Mobilität, Wärmebedarf und Stromverbrauch sollen aufeinander abgestimmt und zu 100 % aus regenerativen Quellen stammen. Die Koalition verpflichtet sich ein Niedertemperatur-Nahwärme-Netz im Rahmen des Projektes umzusetzen. Die wirtschaftlichste regenerative Wärmequelle wird priorisiert. Die Beschlüsse werden entsprechend den Vorlagen des Umweltreferates gefasst.

Von städtischer Seite wird die Zusammenarbeit mit Firmen zur Umsetzung der Energiewende intensiviert.

Gemeinsam mit dem Kreis, gegebenenfalls den Umweltverbänden sowie den städtischen Konzerntöchtern wird ein „Energiesparbuch“ für Kaiserslautern entwickelt. In diesem können die Bürger\*innen Tipps für ein nachhaltiges Leben bezogen auf die Stadt Kaiserslautern finden und eigene Erfolge eintragen.

#### *Auswirkungen auf den öffentlichen Raum*

Die Beleuchtung des öffentlichen Raums muss sowohl den Standards an Energieeffizienz als auch den hohen Anforderungen an den Schutz der Dunkelheit gerecht werden. Hierzu sind die einschlägigen Förderprogramme des Bundes und des Landes zu nutzen. Durch die dort definierten technischen Mindestanforderungen wird gleichzeitig eine umweltverträgliche und bedarfsgerechte Beleuchtung sichergestellt.

Die Koalition tritt für eine stetige Erweiterung des Grünbestandes und der entsiegelten Flächen im Stadtgebiet ein. Insbesondere das Innenstadtgebiet bedarf in diesem Zusammenhang einer deutlichen und konsequenten Anpassung. Die Verwaltung legt ein Konzept für die Planung für die nächsten fünf Jahre vor. Alle Maßnahmen im Rahmen der Stadtnatur müssen nach bester Möglichkeit autochthon durchgeführt werden und müssen auf Möglichkeiten der Verbesserung der Biodiversität und Resilienz geprüft und – wenn geeignet – dahingehend optimiert werden. Insbesondere bei Neuanlagen sollte die Planung eine Verbesserung der Biodiversität anstreben. Dafür werden verbindliche Zielquoten festgelegt und deren Einhaltung regelmäßig überprüft. Baumpflanzungen sowie Dach- und Fassadenbegrünungen müssen diesbezüglich umgesetzt werden. Für alle städtischen Gebäude ist die Eignung für Dach- und Fassadenbegrünung im Zuge des gebäudespezifischen Maßnahmenkatalogs festzuhalten und zeitnah umzusetzen, wie dies u.a. im Klimaanpassungskonzept beschlossen wurde. Ein Programm zur Neupflanzung von 500 Bäumen im Innenstadtbereich ist umzusetzen.

Die Ausweisung multifunktionaler Flächen, die versiegelungsfrei bleiben, muss in hinreichendem Maße erfolgen. Des Weiteren sind in der Innenstadt geeignete Flächen für den Rückhalt von Wasser bei Starkregen aufzuspüren, um einerseits Schäden zu verhindern und andererseits das Wasser versickern zu lassen oder für Trockenzeiten zu speichern. Einher mit

solchen Flächen geht die Verbesserung des Mikroklimas. Insbesondere bei den hoch belastenden Hitzewellen bieten diese Fläche der Bevölkerung eine relevante Entlastung.

#### *Auswirkungen auf den Stadtwald*

Die Koalition will die Entwicklungsmöglichkeiten des städtischen Waldes zu stärkerer Nachhaltigkeit, Klimaresistenz und biologischer Vielfalt prüfen lassen. Bis 2023 soll für den gesamten Waldbestand im Stadtgebiet ein Waldbewirtschaftungskonzept für die jeweiligen Teilflächen unter Abwägung von Nährstoffnachhaltigkeit, Kohlenstoffspeicherung, Erholungsfunktion, Klimaschutzfunktion, Anpassung an den Klimawandel und ökologischen Aspekten beauftragt und beschlossen werden. Dieses Konzept soll zukünftig alle fünf Jahre überprüft und fortgeschrieben werden. Jährlich wird eine Evaluation der erreichten Fortschritte durchgeführt und veröffentlicht. Bei Zielabweichung wird nachgesteuert.

Wir sind uns bewusst, dass eine erfolgreiche Umsetzung des Klimaschutzes in Kaiserslautern nur gelingen kann, wenn wir die Bürger\*innen von den geplanten Maßnahmen überzeugen und Ihnen deren Sinnhaftigkeit darstellen können.

## **Tourismus**

Kaiserslautern ist eingebettet in eine der spannendsten Urlaubsregionen Deutschlands. Nicht umsonst wird die Pfalz als „die Toskana Deutschlands“ bezeichnet. Unsere inmitten des Naturparks Pfälzerwald malerisch gelegene Stadt zieht mit attraktiven Freizeit-, Sport- und Einkaufsmöglichkeiten nicht nur Wanderer und Fußballfans an. Sie bietet vielfältige Ausflugsziele, Museen, Lokale & Gaststätten und eine äußerst belebte Innenstadt.

Auf die Historie der Barbarossastadt weist bereits ihr Name hin, auf ihre Internationalität der Spitzname 'K-town', den die amerikanischen Soldat\*innen geprägt haben. Und Kaiserslautern hat noch viele weitere durchaus interessante Gesichter - wasserreiche Täler, sanfte Hügel, romantische Wiesen und der Pfälzerwald, das größte zusammenhängende Waldgebiet Deutschlands, viele sehenswerte Ecken und Plätze, vom St. Martinsplatz über den Kaiserbrunnen und die Gartenschau bis hin zur Burg Hohenecken und dem Japanischen Garten, laden zur Bewegung an der frischen Luft geradezu ein.

Tourismus und Gastronomie sind wichtige Wirtschaftszweige, die zudem viele Arbeitsplätze sichern. Die regionale Tourismusbranche ist weitgehend mittelständisch geprägt, der Großteil der Leistungen wird von kleinen und mittleren Betrieben erbracht. Wir unterstützen Investitionen in die Stärkung der Tourismusinfrastruktur und somit auch die Stärkung der Betriebe, damit die häufig familiengeführten Unternehmen auch weiterhin bestehen und wirtschaften können.

Es ist unser zentrales Anliegen, nachhaltigen Tourismus zu stärken, denn nur die Bewahrung und Pflege unserer schönen Natur und Plätze garantiert auch langfristigen touristischen Erfolg. Darüber hinaus sind wir davon überzeugt, dass gerade im Bereich des Tourismus in unserer Region eine große Nachfrage nach Öko-Tourismus bestehen kann. Umweltbewusste Menschen verbinden heimatnahen Urlaub mit hochwertiger ökologischer Gastronomie und individuell aufgebauten Urlaubsunterkünften. Vielfach spielt hier noch der Wunsch nach spielerischen Erlebnisangeboten für Kinder und körperlicher Ertüchtigung eine große Rolle. Es ist unser Ziel, diese Angebote in unserer Region zu unterstützen und deren Ausbau zu fördern.

*Öffentliche Tourismusinfrastruktur ausbauen*

Unter Nutzung bestehender Förderprogramme wollen wir dazu beitragen, die Qualität öffentlicher Tourismusedinfrastruktureinrichtungen zu verbessern und deren Attraktivität zu steigern sowie die ökologische Ausrichtung öffentlicher Tourismusedeinrichtungen zu stärken. Dazu gehören für uns die Pflege und der Erhalt unserer Freibäder, der Museen, des Zoos und der Kultureinrichtungen genauso wie die Förderung innovativer neuer und nachhaltiger Angebote. Dies kann besonders gut unter der Einbeziehung privater Investoren geschehen. Zum Beispiel wollen wir auf diesem Wege im Bereich des naturnahen Erlebnisurlaubs vorankommen, zum Beispiel im Bereich „Klettern“.

In einem umfassenden Tourismusedkonzept wollen wir Schwerpunkte erarbeiten und die Vermarktung mit gezielten Angeboten je Gästezielgruppe über unser Tourismusedbüro vorantreiben.

#### *Barrierefreiheit im Tourismus voranbringen*

In Zusammenarbeit mit den Interessenvertretungen wollen wir die Zugänge für Menschen mit Behinderung besonders in den touristisch relevanten Bereichen des ÖPNV, der öffentlichen Kultureinrichtungen und der Freizeiteinrichtungen verbessern. Insbesondere soll eine Bestandsaufnahme über den Status Quo erstellt und ein Meilensteinplan für Verbesserungsziele erstellt werden.

#### *Zusammenlegung / Zusammenarbeit aller Einrichtungen von Stadt und Kreis Kaiserslautern, die dem Tourismus dienen*

Wo Synergien realisierbar sind, sollen entsprechende Integrationsmodelle geprüft werden. Es geht uns um effiziente und schlanke Strukturen gleichermaßen zum Wohle der Stadt und Landkreis sowie der Tourist\*innen in der Region Kaiserslautern.

#### *Öffentlichen örtlichen und überörtlichen Personennahverkehr attraktiver gestalten*

Für den nachhaltigen Tourismus ist gerade ein attraktiver innerstädtischer, aber auch überörtlicher ÖPNV unerlässlich. Wie im Mobilitätskapitel beschrieben wollen wir diesen ausbauen und stärken. In Hinblick auf den Tourismus ist aber auch besonders das Angebot des überörtlichen ÖPNV zu den Wanderausflugszielen - beispielsweise nach Trippstadt, zum Johanniskreuz, aber auch ins Karlstal - attraktiver zu gestalten. Wir wollen die Stadt Kaiserslautern beauftragen, sich dafür im Verkehrsverbund einzusetzen.

### *Ausbau der Radwege*

Wie im Mobilitätskapitel beschrieben wollen wir das innerstädtische Radwegenetz unter Nutzung der Fördermöglichkeiten großflächig ausbauen, denn dieses ist für eine zukunftsweisende Verkehrswende unerlässlich.

In Hinblick auf den Tourismus ist zudem der überregionale Radwegeausbau voranzutreiben. In Kooperation mit dem Landkreis wollen wir die touristisch attraktiven Radwege nach Trippstadt/Johanniskreuz, entlang der Bachbahn, ins Lautertal, aber auch nach Waldleiningen und Hochspeyer vervollständigen.

Ebenso wollen wir gezielt den Mountainbike-Tourismus in Kaiserslautern stärken. Deshalb wollen wir die Stadt an das bestehende Mountainbike-Trail-Netz der Region anschließen. Für den Rennradtourismus wollen wir Kampagnen zur Erhöhung der Sicherheit im überregionalen Straßenverkehr – beispielsweise auf der B48 – anregen.

### *Erlebnisstadt Digital*

Als digitale Stadt wollen wir den Digitaltourismus stärken – eine besondere Aufgabe für unsere Stadt, die gerade eine starke Förderung auf dem Gebiet der Digitalisierung erlebt. Dabei geht es darum, unter Nutzung der Fördermöglichkeiten digitale Erlebniswelten für Tourist\*innen im Stadtbild zu schaffen. Dazu kann auch KL-Digital beitragen.

### *Verbleib in der Stadt*

Für unsere zahlreichen Theatergäste, aber auch die Besucher\*innen anderer Großveranstaltungen, wollen wir gezielte Konzepte zum Verbleib in der Stadt entwerfen. Dabei sollen Angebote, wie beispielsweise eine Welcome-Card unter Einbindung der lokalen Gastronomie, erfolgen. Ziel ist es, diese Tagesgäste zu einem gemütlichen Ausklingen in unserer Innenstadt zu bewegen.

## Mobilität

Umfassende Mobilität prägt unsere Lebenswirklichkeit in Kaiserslautern - Fahrten und Bewegungen zur Ausbildung, zum Arbeitsplatz, zum Einkauf und viele weitere. Verkehr ist immer und immer mehr!

Täglich sind wir in der Region, in der Kernstadt, in den Quartieren und im Zentrum unterwegs. Nicht zuletzt sind die Vororte (Staddörfer) an die Stadt angebunden. Eine optimale verkehrliche Verknüpfung über die Region hinaus ist für uns ebenso wichtig, wie für die Pendler\*innen, Arbeitende, Auszubildende, Besucher\*innen und Tourist\*innen, die unsere Stadt zum Ziel haben.

Mobilität benötigt immer bauliche und sonstige Infrastrukturen, Platz sowie Raum. Ebenso Energien und Ressourcen. Die Verkehrsbedürfnisse und die jeweilige Verkehrsmittelwahl der Einzelnen bestimmen allerdings auch und zugleich die Lebensqualität der Stadtgesellschaft im Zentrum und in den Wohnquartieren.

Insoweit bilden die Arbeitsstandorte, die Hochschulen und die zentralen Funktionen von Kaiserslautern den Rahmen für das Verkehrsgeschehen und seine Verteilung in unserer Stadt. Noch zu häufig und zu selbstverständlich steht dabei allerdings das Auto im Mittelpunkt der Auswahlmöglichkeiten und Fortbewegungsentscheidungen. Belange des Ressourcen- und Klimaschutzes, aber auch die technischen und digitalen Möglichkeiten und Spielräume sollen nun stärker und konsequenter als bislang für ein wirklich verändertes Mobilitätsprofil in Kaiserslautern genutzt werden.

Die Koalition beabsichtigt eine Umsteuerung zugunsten der nicht-auto-orientierten Angebote in unserer Stadt, ganz besonders in der Innenstadt. Das Verringern des nicht notwendigen PKW-Verkehrs durch die gleichzeitige Schaffung von attraktiven Alternativen ist unsere klare

Zielsetzung. Uns ist bewusst, dass hierzu ein Bündel von Maßnahmen erforderlich ist – technisch, organisatorisch und baulich. Und: Angebote treffen nur dann auf echte Nachfrage, wenn sie von den Bürger\*innen als attraktiv und bequem bewertet werden. Genauso stellen wir es nicht in Abrede, dass es auch weiterhin – wenn auch deutlich geringeren – Autoverkehr selbst in der Innenstadt geben wird (z. B. durch Anlieger, Liefer- und Taxi- Fahrten und Menschen, denen das Gehen und Stehen beispielsweise an einer Bushaltestelle zu große Mühe bereiten würde). Unser Ziel ist es, auf den dafür vorgesehenen Wegen durch die zu beschließenden Maßnahmen eine Verbesserung für diesen wirklich notwendigen individuellen Autoverkehr zu erreichen. Das bereits beschlossene Klimaschutzkonzept und das beschlossene Mobilitätskonzept bieten eine Grundlage.

Insoweit baut unser Politikansatz auf partnerschaftliches Agieren und Arbeiten in Projekten. Hier sind die Stadtpolitik, die Stadtverwaltung ebenso gefordert, wie die Arbeitgeber\*innen, die Verkehrsanbieter\*innen und jede\*r Einzelne. Eine wirkliche Veränderung unserer Stadtmobilität zugunsten des Umweltverbundes (Busse & Bahnen, (Elektro-)Rad und Fußgängerverkehr) wollen wir nicht nur allgemein fordern, sondern gerne auch kontinuierlich erheben und zugleich zur Mitarbeit und auch zu experimentellen Vorschlägen einladen.

### *Mobilität 2.0 – Politikziele für die Stadtgesellschaft*

Grundlage unserer Mobilitätspolitik ist der vorliegende Mobilitätsplan Kaiserslautern, den es fortlaufend und partnerschaftlich fortzuentwickeln gilt. Die Koalition verfolgt nachfolgende Zielsetzungen:

- Prinzipielle Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer\*innen bei planerischen, investiven und organisatorischen Maßnahmen / Projekten
- Spürbare CO<sub>2</sub>-Minderung im Verkehrsmengenaufkommen in Kaiserslautern
- Erhöhung der Sicherheit im Verkehrsraum

- Rückgewinnung von Stadtraumqualitäten
- Erhöhung der Anteile des Umweltverbundes (im Modal Split) stadtwweit von heute gut 50 % (Quelle: Mobilitätsplan) auf 75 % bis zum Jahr 2024

Soweit möglich, sollen diese Ziele und ihre Erreichung operabel messbar gemacht werden. Dies dient der Motivation und der Transparenz des Veränderungsgeschehens. Die Verwaltung sowie Partner\*innen der Wirtschaft und der Wissenschaft sind ausdrücklich eingeladen, hierzu geeignete Vorschläge und Methoden zu unterbreiten. Eine solche Zusammenarbeit wollen wir im Sinne unserer Wissenschaftsstadt gerne institutionalisieren. Gerne wollen wir qualitative und quantitative Meilensteine der Veränderung für die Bürgerschaft aufbereiten. Insbesondere smarte Lösungsansätze können hier im Vordergrund stehen.

### *Mobilität 2.0 – Handlungsfelder für die Stadtgesellschaft*

Die Koalition ist sich bewusst, dass es „das“ optimale Mobilitätskonzept für Kaiserslautern nicht statisch fixiert geben kann. Vielschichtig sind die Einflussfaktoren – gerade vor dem Hintergrund, dass Kaiserslautern eine Großstadt im ländlichen Raum mit besonderen stadtreionalen Verflechtungen bildet. Verkehrsmöglichkeiten sind insoweit unterschiedlich zu bewerten. Ebenso auch das tatsächliche kurz-, mittel- und langfristige Veränderungspotential.

Der mit einer breiten Bürger\*innenbeteiligung und unter Unterstützung von Planungsfachleuten erarbeitete und vom Stadtrat beschlossene Mobilitätsplan Klima+ 2030 bleibt Grundlage der gemeinsamen Politik – die Koalition erkennt aber notwendigen Modifikationsbedarf. Bei Investitionen in Mobilitätsinfrastruktur sind zunächst immer auch die öffentlichen Förderverfahren und Zuständigkeiten zu berücksichtigen – und nicht zuletzt bildet die Haushaltssituation der Stadt hier einen möglicherweise stark restriktiven Rahmen. Um hier einen Gestaltungsraum zu schaffen, arbeitet die Koalition gemeinsam daran, dass der

öffentliche Verkehr zukünftig kommunale Pflichtaufgabe wird. Dabei steht das aktuell laufende Verfahren zur Neufassung des Landesgesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr (Nahverkehrsgesetz) im Mittelpunkt. Über weitere Resolutionen, bilaterale Gespräche sowie ein solidarisch abgestimmtes Verhalten der Städte wird dies zu erreichen versucht.

Es soll ein weiterer Schwerpunkt ergänzend und explizit auch auf Maßnahmen von Privatpersonen gelegt werden, mit dem Ziel, Verkehrsmengen zeitlich und räumlich zu entzerren und im Verbund neue Angebote zu schaffen.

Räumlich-funktional und auch organisatorisch will die Koalition im Zusammenwirken mit der Stadtgesellschaft nachfolgende Handlungsfelder angehen:

- Stadregionale Mobilität mit verbesserten Angeboten / Verknüpfungen von Bus /Bahn aus und in die Umgebung sowie erstmalig Angebot von PKW-Park + Ride und Park + Bike vor der Stadt mit getaktetem Shuttle (zu möglichst attraktiven Preiskonditionen bis hin zu kostenlosen Angeboten)
- Optimierung der Mobilitätsangebote der Vororte (Staddörfer) in Bezug auf die Kernstadt mit deutlich verbessertem Busangebot (Zeittakt)
- Diversifizierung der Mobilitätsangebote der Kernstadt – bereichsweise mit klarem Vorrang des Umweltverbundes vor dem Individualverkehr im engeren Zentrum- und mit Optimierung in sonstigen Kernstadtquartieren
- Öffentlich-private Mobilitätspartnerschaften mit großen und strukturbedeutsamen Arbeitsstandorten (u.a. Universität, Hochschule, Klinikum, Opel / PSA, IG-Nord, IG-Merkurstraße, US-Einrichtungen je als Ganzes, etc.); Abschluss von Vereinbarungen mit jeweiligen Selbstverpflichtungen zur spürbaren Minderung von Kfz-Verkehrsanteilen und Stärkung des Umweltverbundes

- Innovationspool Mobilität 2.0 – Gründung des agilen „Projektforums Neue Mobilität Kaiserslautern“ als Plattform / Koordination von privaten Vorhaben der Mobilitätsveränderung sowie zur Einbindung wissenschaftlicher und experimenteller Vorhaben inkl. Digitalangeboten

Wegen der starken Dynamik der neuen technischen / organisatorischen Mobilitätsangebote der Wirtschaft und einer darauf ausgerichteten Beschaffungspolitik der Bürger\*innen und der öffentlichen Hand sollen im Verbund mit der Technischen Universität Kaiserslautern, der Hochschule Kaiserslautern und dem Land Rheinland-Pfalz alle Möglichkeiten genutzt werden, Kaiserslautern bundesweit auch als „Modellstadt Mobilität der Zukunft“ zu platzieren.

#### *Mobilität 2.0 – Konkrete Projekte*

Die Koalition beabsichtigt auf der Basis des Mobilitätsplan Klima+ 2030 der Stadt Kaiserslautern konkret die Umsetzung der nachfolgend genannten Projekte und wird hierzu in der Legislaturperiode im Rahmen der Möglichkeiten und Zuständigkeiten die entsprechenden politischen, planerischen und investiven Voraussetzungen schaffen.

#### Neuerstellung eines Nahverkehrsplans - Projekte:

- Erarbeitung als agile Plan- und Projektstruktur mit begleitender Arbeitsgruppe / (Digital-)Format unter Einbeziehung von Vertreter\*innen der Stadtpolitik, ausgewählter stadtgesellschaftlicher Gruppen und Stakeholder\*innen darin ist u.a. zu klären:
  - Aktueller Modal-Split und Veränderungspotential / Zielwerte / Monitoringansätze

- Stadtweites Verkehrsinformationssystem / Digitalangebot für Verkehrsteilnehmer\*innen
- Systemangebote und Preisregime ruhender Verkehr
- Erarbeitung eines neuen Linien- und Netzangebots im Nahverkehr hinsichtlich Verdichtung / Taktung und Linienführung, Einrichtung eines Taktknotens am Hauptbahnhof (zur Integration in den Deutschland-Takt)
- Maßnahmen Stärkung Umweltverbund
- Verkehrslenkung durch organisatorische Maßnahmen
- Experimentelle Maßnahmen
- Mobilitätsmaßnahmen in den Vororten (Staddörfer)
- Rahmen für Mobilitätsvereinbarungen mit Privatpersonen

#### PKW / Kfz / Individualverkehr - Projekte:

- Festlegung / Planung geeigneter stadtreionaler PKW-Park + Ride – Plätze an den Stadteingängen mit Shuttelbusanschluss
- Konzept / Prüfung System Quartiersgaragen
- Gezielte Stellplatzsatzung je Bebauungsplangebiet
- Organisatorische und technische Optimierung Hol-/Bringpunkte an Schulen / Kitas zur Verbesserung der Verkehrssicherheit
- Verkehrswegesanie rung / Umbau / Ausbau im gebotenen Umfang
- Keine Ausweisung neuer Kurzzeitparkplätze in der Innenstadt
- Errichtung von Ladestationen für E-Mobilität an geeigneten Orten unter Nutzung entsprechender Fördermöglichkeiten

#### Bus- und Bahnverkehr - Projekte:

- Planung / Festlegung von weiteren Verknüpfungspunkten Bus / Schiene  
(Friedensstraße, Pfaff, PRE-Park/Eselsfürt)
- Ausweitung Busanbindungsqualität der Vororte (Staddörfer) an Kernstadt mindestens  
1x alle 30 Minuten in der Hauptverkehrszeit 08:00 - 18:00 Uhr (Mölschbach ggfs. 1 x  
alle 60 Minuten ausreichend)
- Einrichtung Busverkehr im Gegenverkehr Eisenbahnstraße – Schneiderstraße –  
Fruchthallstraße
- Neugestaltung ZOB im Stadtzentrum mit ausreichender Kapazität und unter  
Einbeziehung der baulichen Nutzungsmöglichkeiten / Angebote der Fruchthalle /  
Tourist-Information / Burgbereich / Schlosswiese
- Beschaffungspolitik SWK zugunsten alternativer Antriebsarten ausrichten
- Ausbau des (digitalen) Passagierinformationssystems der SWK voranbringen
- Verbesserung der Nachtbustaktung auch in die Stadtteile
- Machbarkeitsprüfung Einführung eines kostenlosen Shuttelbusses im Ringverkehr um  
die Innenstadt (z. B. unter Einbezug privater Investoren)

#### Radverkehr - Projekte:

- Planung / Festlegung / Ausweisung von Fahrradstraßen mit Vorranggestaltung  
gegenüber anderen Verkehrsarten
  - Achse Universität – Volkspark (besonders Parkstraße/Augustastraße)
  - Achse Hauptbahnhof – Eisenbahnstraße – Schneiderstraße – Fruchthallstraße  
(hier als Straßen mit Verkehrsanlagen, die die Gleichberechtigung der  
Verkehrsarten nebeneinander durch einen weitgehenden Wegfall der  
Straßenrandparkplätze in der Eisenbahn-/Schneiderstraße sicherstellen –  
Fußweg, Fahrradweg- PKW/ÖPNV-Bereich)

- Herstellung der Übergangsfähigkeit an den Verknüpfungspunkten von Schiene zum Rad, insbesondere Ausbau und Optimierung der Radabstellanlagen/Fahrradparkhaus und Wegeanbindung vom/zum Hauptbahnhof (Nord- und Südzugang)
- Achse Königstrasse – Fruchthallstraße – Mainzer Tor (Mischung Fahrradstraße, Radverkehrsanlagen) zur Umfahrung der Fußgängerzone
- Weitere Verbesserung Radverkehrsanlagen
  - Vorhandene Radverkehrsanlagen im Stadtgebiet ausbauen und verbessern, kontinuierliche Pflege sicherstellen, sukzessiver Ersatz Schutzstreifen in vollwertige Radverkehrsanlagen mit baulicher Trennung
  - Anbindung der Wohngebiete und Stadtrandbezirke schaffen
  - Anbindung der Vororte und des Umlandes durch die Verbesserung der Radwegsituation (z.B. Mölschbach im Bereich der Roten Hohl)
  - Verbesserung der Sicherheit von Radfahrenden, insbesondere auf dem Weg zu den Schulen
- Fahrradabstellmöglichkeiten
  - Mehr Fahrradbügel im öffentlichen Raum des gesamten Stadtgebietes
  - Möglichkeiten von Fahrradboxen für Anwohner\*innen im öffentlichen Raum gegen Entgelt erproben und gegebenenfalls umsetzen

#### Öffentlich-private Mobilitätsvereinbarungen - Projekte:

- Vereinbarung mit der Technischen Universität Kaiserslautern zur von dort zuleistenden Erstellung / Vorlage eines flächenoptimierenden, campusweiten Mobilitätskonzeptes als Voraussetzung einer Entscheidung über etwaige weitere Flächenbereitstellung / Inanspruchnahme für bauliche Zwecke außerhalb des heutigen

Campus – der Bedarf für ruhenden Verkehr ist dabei zwingend auf dem Campus zu bewältigen

- Weitere Vereinbarungen mit Standortgemeinschaft Gewerbegebiet Merkurstraße /IG Nord, Opel und sonstige bei Bedarf

#### Projektforum Neue Mobilität Kaiserslautern - Projekte:

- Einladung / Kick-off-Veranstaltung durch Stadt Kaiserslautern

Weitere Projekte und Bausteine können / sollen im Laufe der politischen Beratungen / Diskussionen hinzutreten. Zur Umsetzung der vorgenannten Maßnahmen sind alle politischen Gruppierungen und die Partner\*innen der Verkehrsträger, der Wirtschaft, der Wissenschaft und gesellschaftliche Gruppierungen / Organisationen herzlich eingeladen und ausdrücklich zur Mitwirkung aufgefordert. Die Koalition will sich für ein fraktionsübergreifendes gemeinsames Verständnis der Mobilitätspolitik einsetzen, damit langfristige Ziele verwirklicht werden können. Hierzu zählt auch, für eine Resolution zu werben, die den öffentlichen Verkehr zukünftig als kommunale Pflichtaufgabe benennt, um für dieses Aufgabenfeld mehr Finanzmittel zu mobilisieren. Zusätzlich soll eine öffentliche Arbeitsgemeinschaft zum Thema mit Angebot zur Mitarbeit für alle Bürger\*innen gegründet werden, die turnusmäßig tagt und in ständigem Austausch mit Rat und Stadtverwaltung steht, um den einzuleitenden Prozess zu begleiten.

## **Kultur**

Kaiserslautern hat eine bunte und vielfältige Kulturszene, die sich im Vergleich mit größeren Städten nicht verstecken muss. Diese gilt es zu erhalten und zu stärken. Theater, Kammgarn, Musikschule, die Konzertreihen und die Museen sind wichtige Standortfaktoren für die Attraktivität Kaiserslauterns. Die Koalition setzt sich dafür ein, dass alle Einrichtungen in ihrer Gänze erhalten bleiben. Das Kulturangebot in der Stadt darf nicht weiter durch die Deckelung der freiwilligen Leistungen beeinträchtigt werden.

Neben den etablierten Einrichtungen spielt die „Freie Szene“ eine wichtige Rolle für das Zusammenleben in Kaiserslautern. Es ist uns ein Anliegen, möglichst gute Voraussetzungen zu schaffen, damit sich diese Szene weiterhin freientfalten kann. Dafür muss die Frage nach passenden Räumlichkeiten für Veranstaltungen und Proben thematisiert werden. Hierbei sind auch die Leerstände in der Innenstadt und den Stadtteilen zu berücksichtigen. Grundsätzlich setzen wir uns zudem dafür ein, dass sich auch in den Stadtteilen eine Kulturszene etablieren kann.

Die Koalition möchte einen Fokus auf die Frage der kulturellen Teilhabe richten. Durch eine entsprechende Preisgestaltung und durch Werbung muss der Besuch kultureller Veranstaltungen und Einrichtungen auch für Schüler\*innen, Studierende und Menschen mit geringem Einkommen erschwinglich sein.

## **Inklusion**

Die Koalition bekennt sich zu einer Gesellschaft, in der es normal ist, verschieden zu sein und zu der alle Zugang haben. Unabhängig von Behinderung, Geschlecht, sexueller Identität, Herkunft, Alter oder Elternhaus müssen alle Menschen gleiche Freiheitsrechte, Teilhabechancen und Möglichkeiten eines selbstbestimmten Lebens besitzen. Deshalb betrachten wir die Inklusion von Menschen mit Behinderung als eine wichtige, gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die eines sensiblen Umgangs bedarf. Wir legen besonderes Augenmerk darauf, die Betroffenen beim Abbau von Barrieren mitzunehmen.

In diesem Sinne begrüßt es die Koalition sehr, dass der erste Inklusionsbeirat der Stadt Kaiserslautern seine Arbeit aufgenommen hat. Damit der Beirat arbeitsfähig bleibt, muss die Geschäftsführung des Gremiums weiterhin mit der Position eines hauptamtlichen Behindertenbeauftragten verbunden sein, zu deren vollumfänglicher Weiterführung sich die Koalition bekennt.

## **Soziales und Gesellschaft**

Die Koalition bekennt sich zu Kaiserslautern als sozialer Stadt. Um soziale Ungleichheiten zu verhindern und bestehende zu beenden, ist es notwendig, passgenaue, auf die Bedürfnisse der Menschen zugeschnittene Angebote zu machen. Egal in welchem Alter, welchem Lebensabschnitt und welcher körperlichen, psychischer und seelischen Verfassung, Ziel einer Gesellschaft muss es sein, allen die Hilfe zu ermöglichen, die sie brauchen, um gleichberechtigt an ihr teilnehmen zu können.

Um die Sozialausgaben besser verfolgen zu können, fordert die Koalition einen Zugang für die Ratsfraktionen zum Analysetool „KLAR“. Die Resultate der anstehenden Sozialraumanalyse sollen bewertet und Erkenntnisse in ein Konzept für Kaiserslautern übergehen.

### *Kinder*

Die Koalition verständigt sich darauf, den bereits begonnen Kurs im Rat, zum adäquaten Ausbau von KiTa-Plätzen fortzusetzen und die Betreuung unserer Jüngsten sicherzustellen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist wichtig, um auch jungen Eltern das Erreichen beruflicher Ziele zu ermöglichen.

Betreuungsangebote müssen den Bedürfnissen der Kinder und Wünschen der Eltern gerecht werden. Daher sollen alternative Betreuungsangebote, wie Tagesmütter und -väter, gleichwertig auf der städtischen Homepage präsentiert werden, analog dem KiTa-Planer.

Damit Teilhabe bereits im Kindesalter nicht vom Geldbeutel oder der Organisationsfähigkeit der Eltern abhängt, möchte die Koalition, dass die ermäßigte Verpflegungspauschale (1 Euro) von der Stadt übernommen wird, eine Ersatzfinanzierung ist an dieser Stelle zu finden.

## *Jugend*

Jugendliche, als Menschen im Spannungsfeld zwischen Kind- und Erwachsensein, brauchen Freiräume, um sich entwickeln zu können. Sie müssen gleichzeitig Unterstützung vorfinden, um in schwierigen Situationen dennoch ihren Weg zu finden.

Die Koalition setzt sich für einen adäquaten Jugendtreff in der Innenstadt ein und möchten gemeinsam mit dem Jugendparlament einen geeigneten Ort finden und bedürfnisgerecht einrichten. Einige Plätze in der Stadt erfreuen sich großer Beliebtheit bei Jugendlichen, besonders abends und am Wochenende. Leider kommt es dort auch zu Vandalismus und Zusammenstößen mit Passant\*innen. Um hier frühzeitig und niederschwellig das Gespräch zu finden, setzt sich die Koalition für ein angepasstes Streetworker-Konzept aus.

Um das Jugendparlament als wichtigen Impulsgeber zu unterstützen und die Handlungsfähigkeit seiner Mitglieder zu garantieren, soll mit ihm über eine benötigte Wochenstundenzahl gesprochen und eine Stelle in der Verwaltung entsprechend ausgestattet werden.

## *Jugendhilfe in Schulen*

Die Koalition will Schulsozialarbeit an allen Schulformen bedarfsorientiert auf- bzw. ausbauen.

Integrationshilfe ist ein wichtiger Baustein, um Kindern mit Schwierigkeiten die Teilhabe am Unterricht zu ermöglichen. Hier sind Standards wichtig. Daher soll beispielsweise darauf geachtet werden, Gutachten für den Bedarf von Integrationshilfe nicht von der Institution erstellt werden, die anschließend die Maßnahme ausführt.

## *Allgemeine Jugendhilfe*

Die Koalition möchte Kinder und Jugendliche schützen und Hilfestellungen leisten, damit Überforderungs-, Konflikt- und Gefahrensituationen in der Familie nicht eskalieren. Deshalb sollen in Schulen Informationen verfügbar sein, um Kinder und Jugendliche über ihre Rechte aufzuklären und zu befähigen, Hilfe zu suchen und die Anlaufstellen zu kennen. Nicht selten bitten Kinder und Jugendliche selbst um Inobhutnahme. In diesen Angelegenheiten, ebenso wie in anderen Fällen drohender Kindeswohlgefährdung, muss schnell gehandelt werden. Die entsprechenden Stellen sind hierbei vollumfänglich zu unterstützen.

Die Unterbringung in Pflegefamilien setzt voraus, dass der Pflegebedarf der Unterzubringenden auch durch eine Pflegefamilie gedeckt werden kann. Das Kindeswohl steht für die Koalition klar über finanziellen Überlegungen.

Die Koalition möchte die Jugendsozialarbeit bedarfsgerecht weiterentwickeln. Dennoch haben wir zu beachten, dass der städtische Haushalt durch teure, intensive und oft auch für die Betroffenen sehr eingreifende Maßnahmen belastet ist. Hier wollen wir untersuchen, ob durch die Konzentration auf präventive Maßnahmen und frühe Interventionen sehr teure Eingriffe vermindert werden können und unter dem Strich auf lange Sicht sogar Einsparungen möglich sind. Hierzu müssen strukturelle Ursachen für Kindeswohlgefährdungen erkannt und bekämpft werden. Dies ist etwa im Kreis Ahrweiler erfolgreich umgesetzt worden.

Die Koalition setzt sich für die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft nach §78 KJHG ein.

#### *Wohnen und sozialer Wohnungsbau*

Kaiserslautern verfügt mit der Bau AG über eine fähige und gute Wohnungsbaugesellschaft. Die Koalition möchte die Bau AG als wichtigen Baustein städtischer Wohnpolitik verstehen. Erfolgreiche Wohnprojekte (z.B. NILS) sind vorbildhaft. Alternative Wohnprojekte allgemein sollen durch das Bereitstellen städtischer Grundstücke bzw. Teilflächen unterstützt werden.

Zu einer ehrlichen Sozialpolitik gehört auch, schonungslos über Missstände zu sprechen. So erklärt es die Koalition zu ihrem Ziel, die Sanierung der eigentlichen Schlichtwohnungen in Astern- und Geranienweg bis zum Ende der Legislaturperiode mit aller Kraft voranzutreiben.

Ein besonderer Fokus muss auf die Umstellung auf Gasheizungen gelegt werden. Die Verschuldung von Bewohner\*innen aufgrund von hohen Rechnungen für das Betreiben von Elektroheizungen kann so beendet werden.

In ursprünglich als Schlichtwohnungen vorgesehenen Wohneinheiten sind über Jahrzehnte Nachbarschaften entstanden, die zu zerschlagen niemandem hilft. Daher soll geprüft werden, ob Schlichtwohnungen in Sozialwohnungen überführt werden können. Für Fälle besonderer Härte (z.B. jene, die sich eine angepasste Miete in einer sanierten Wohnung nicht leisten könnten) muss geklärt werden, ob ihnen zu aktuellen Konditionen ein Verbleib ermöglicht werden kann.

Um wohnpolitische Ziele gemessen an den Bedürfnissen der Bürger\*innen und am verantwortungsvollen Umgang mit dem knappen Gut Boden zu gestalten, bedarf es einer aktiven Liegenschaftspolitik. Das Ulmer Modell kann hierfür eine Inspiration sein. Eine Richtlinie, für die Vergabe von Flächen an Investoren und die Überwachung der Umsetzung von Bebauungsplänen, soll erarbeitet werden.

#### *Förderung ehrenamtlichen Engagements (Ehrenamt)*

Die Öffnung einiger Schulsäle in den späten Nachmittags-/Abendstunden für Vereine und Initiativen soll geprüft werden, um niederschwellig Räume für Treffen und Sitzungen zu generieren. Dazu ist mit Schulen, in deren Gebäuden eine unkomplizierte Umsetzung möglich ist, eine Umsetzung und entsprechende Konditionen zu besprechen.

## Wissenschaft

Wie gegenwärtig viele Oberzentren in Deutschland befindet sich auch Kaiserslautern mitten in einer Transformation, die von der heutigen Form der Wissensgesellschaft geprägt wird: Klassische Industrien treten zurück, die Digitalisierung und die Mobilitätswende bringen gleichzeitig Möglichkeiten für neue Industrien und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze mit sich. Kaiserslautern hat gute Chancen in diesem Transformationsprozess zu bestehen. Denn neben der Hochschule besteht seit nunmehr 50 Jahren eine Technische Universität, die sich international einen Namen gemacht hat. An der Seite von Universität und Hochschule haben sich zudem eine Reihe sehr bedeutender Institute angesiedelt, als Beispiele seien zwei Fraunhofer-Institute, das Deutsche Forschungsinstitut für Künstliche Intelligenz und ein Max-Planck-Institut genannt. Die Koalition ist sich der Bedeutung der Wissenschaft für Kaiserslautern sehr bewusst – gerade mit Blick auf den Strukturwandel in der Stadt. Diese Bedeutung manifestiert sich in vielen guten Arbeitsplätzen in den genannten Einrichtungen, aber auch in vielen erfolgreichen Ausgründungen und Start-Ups. Sie zeigt sich in hervorragenden Studienmöglichkeiten für die ganze Region und darüber hinaus, nicht zuletzt auch in einem die Stadt sehr bereichernden intellektuellen Austausch, wie auch wissenschaftlicher Beratung bei vielen Vorhaben der Stadt. Die Koalition leitet aus ihrer Verantwortung für die Stadt direkt eine Verantwortung zur Unterstützung unserer TU, unserer Hochschule und unserer Institute ab.

Auf der Basis der oben beschriebenen Überzeugungen gibt sich die Koalition folgende Ziele für ihre Politik:

- Stärkung der Wissenschaftsstadt Kaiserslautern
- Stärkung der Vernetzung, gegenseitigen Bereicherung und Einbindung von TU, Hochschule und Instituten und der Stadtgesellschaft

- Attraktivierung für Studierende und Wissenschaftler\*innen – auch auf internationaler Ebene
- Stärkung des Umfeldes und der Bedingungen für Ausgründungen und nachhaltige Beeinflussung des gegenwärtigen Transformationsprozesses

### *Unifusion*

Die Koalition sieht die Fusion der TU Kaiserslautern mit dem Standort Landau der Universität Koblenz-Landau weiterhin kritisch, da bisher keine wissenschaftsbasierte Begründung vorliegt. Sie werden die Unizusammenführung kritisch und die TU unterstützend begleiten, zum Beispiel durch Herstellung von Öffentlichkeit und Anhörungen im Rat. Aufgrund der Bedeutung des Themas ist die höchste Politikebene der Landesregierung in die Pflicht zu nehmen. Wir fordern eine befriedigende Finanzierungszusage, ohne eine solche ist die Aufgabe nicht erfolgversprechend. Ebenso ist für uns essenziell, dass der Stadtname im Namen der neuen TU erhalten bleibt.

Die Koalition will sich mit den Verantwortlichen in der Stadt Landau abstimmen, um gemeinsame Forderungen hinsichtlich solider Finanzierung und Transparenz an die Landesregierung zu richten.

### *Wissenschaftsstandort/Entwicklung*

Die Koalition will, dass die Stadt Kaiserslautern die nachhaltige Entwicklung der TU und der Hochschule unterstützt. Dazu gehört neben einer besseren Anbindung der Einrichtungen in den Nahverkehr und das Radverkehrswegesystem auch eine Unterstützung bei der Suche nach Flächen für Universitäts- und Hochschulgebäude, die den Anforderungen nach Erhalt des Stadtklimas, des Stadtwaldes und der schützenswerten Erholungsräumen genauso Rechnung trägt, wie dem notwendigen Raumbedarf für neue Forschungsgebäude. Es ist unser Anliegen,

Universität und Hochschule räumlich durch das Einrichten gemeinsamer Lernräume zusammenzubringen und dafür bei der Suche nach einer geeigneten Fläche zu unterstützen.

Die Koalition sieht dafür beispielsweise in Teilen der Konversionsfläche auf dem Pfaff-Gelände das notwendige Potential.

Die Koalition sieht in einer engeren Kooperation zwischen dem Westpfalzkrankenhaus, der Universität, der Hochschule und der Institute eine große Chance. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für die Prüfung der Gründung eines medizinischen Fachbereichs an der Universität mit dem Ziel eines vollwertigen Medizinstudiums ein.

#### *Überregionale und International Rolle*

Die Hochschulen sind wichtige überregionale wie auch internationale Botschafter für Kaiserslautern. Wir wollen diese Rolle stärken und umgekehrt ein Umfeld in Kaiserslautern aufbauen, dass besonders für überregionale und internationale Studierende und Wissenschaftler\*innen angenehm ist (z. B. ein auf Neankömmlinge ausgerichtetes Wegweisersystem durch die Stadtverwaltung in einem besser auf die Bedürfnisse der Besucher\*innen abgestellten Bürgercenters). Dazu gehört genauso ein Kultur- und Freizeitangebot als auch eine lebenswerte Innenstadt. Hier sieht die Koalition eine besonders tragende Rolle beim Bezirksverband Pfalz.

#### *Kooperation mit regionalen Organisationen*

Bei der Erstellung von zukunftsorientierten Projekten und Konzepten, die die Stadt betreffen und wissenschaftlich begründet werden, soll ganzheitlich gedacht werden. Wir möchten, dass zwischen der Stadt und den Hochschulen Expertise ausgetauscht wird und Schnittstellen geschaffen werden. Zu diesen Projekten gehören zum Beispiel Digitalisierung, Klimaschutz, Klimaanpassung, Mobilität und Stadtentwicklung. Dies kann zum Beispiel auf Basis

verschiedener Workshops etabliert werden. Außerdem möchten wir einen Beirat für aktive Stadt- und Campuserwicklung unter maßgeblicher Einbeziehung der Hochschulen einrichten und den Beirat zum Masterplan 100% Klimaschutz umgestalten, so dass er stärker auf die Umsetzung des Masterplans fokussiert und vor allem mit Vertreter\*innen der Stadt, der Hochschulen und weiteren Bürger\*innen besetzt wird.

## **Finanzen und Infrastruktur**

Die finanzielle Situation der Stadt ist katastrophal. Trotz massivem Rückgang an sich notwendiger städtischer Investitionen und konjunkturbedingt sprudelnder Steuereinnahmen ist es bisher nicht gelungen, einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen. Durch die Praxis des Landes, staatliche Aufgaben auf die Stadt ohne den dafür notwendigen finanziellen Ausgleich zu übertragen, wird kommunale Selbstverwaltung in Kaiserslautern zunehmend ausgehöhlt. Dies kommt in der Forderung der Aufsichtsbehörde zum Ausdruck, Ausgaben die von ihr rechtlich als „freiwillige Leistungen“ definiert werden, zu streichen und / oder Steuern massiv zu erhöhen. Darüber hinaus wird der Stadt die Aufnahme von Investitionskrediten im großen Umfang verweigert, obwohl diese zur Erhaltung der Infrastruktur dringend benötigt werden.

### *Finanzen*

Der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz hat in seinem Urteil aus dem Jahr 2012 das Land dazu verpflichtet, ab dem Jahr 2014 einen spürbaren Beitrag zur Bewältigung der kommunalen Finanzkrise zu leisten und die kommunale Selbstverwaltung auch finanziell zu gewährleisten. Diese Verpflichtung leitet sich direkt aus der Landesverfassung Artikel 49 und aus dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ab. Für die Stadt Kaiserslautern kann aufgrund der vergangenen und weiterhin geplanten hohen Defizite festgestellt werden, dass das Land dem Urteil des Verfassungsgerichts nicht ausreichend nachgekommen ist. Die Anfechtung der Schlüsselzuweisungsbescheide 2018 und 2019 war daher eine richtungsweisende Entscheidung. Solange sich an der unzureichenden Finanzausstattung nichts ändert, wird die Koalition auch weiterhin den Klageweg konsequent fortführen. Die jeweiligen Entscheidungen erfolgen stets in enger Abstimmung mit dem Städtetag Rheinland-Pfalz und im Interesse der Stadt Kaiserslautern und ihren Bürger\*innen. Landespolitische

Einflüsse bzw. die jeweils aktuelle parteipolitische Zusammensetzung der Landesregierung sind vollkommen außen vor zu lassen.

Steuererhöhungen sind aus diversen Gründen kein geeignetes Instrument zur Erzielung eines ausgeglichenen Haushalts. In einer am 04.02.2019 vom Stadtrat einstimmig verabschiedeten Resolution hieß es u. a.: „Die geforderte Erhöhung kommunaler Steuern ist eine einseitige, fiskalische Betrachtungsweise und berücksichtigt nicht die Tatsache, dass durch die Teilnahme am KEF Kommunen bereits die möglichen Sparpotentiale ausgeschöpft haben. Kommunale Steuern wurden in diesem Zusammenhang wiederholt erhöht. Eine weitere Erhöhung würde die wirtschaftlichen Standorte schwächen und den Bürger\*innen Kaufkraft entziehen. Die kommunale Selbstverwaltung existiert in den betroffenen Kommunen faktisch nicht mehr. Sie unterliegen der ständigen finanzpolitischen Kontrolle der ADD. Dennoch steigen die Schulden jährlich an. Dieser Prozess muss gestoppt und umgekehrt werden. Wir fordern eine ausreichende Finanzausstattung aller Kommunen. Es ist kein Zufall, dass die Städte in Rheinland-Pfalz zu den am höchsten verschuldeten der Republik zählen.“ Die Koalition vertritt weiterhin diese Resolution. Das Land steht in der Pflicht, für eine bessere Finanzausstattung zu sorgen. Vor einer abschließenden Entscheidung über die anhängigen Klagen kommt eine Anhebung der Realsteuerhebesätze für uns daher nicht in Betracht.

Die Koalition bekennt sich zum Erhalt der bestehenden freiwilligen Leistungen. In der Realität sind diese Leistungen nämlich keineswegs freiwillig in dem Sinne, dass auf sie verzichtet werden könnte. Diese städtischen Aufgaben sind für die Urbanität der Stadt, ihrer Funktion als Oberzentrum, die Lebensqualität ihrer Bewohner\*innen und letztlich auch als Wirtschaftsfaktor um Fachkräfte für Kaiserslautern zu gewinnen, essenziell und daher unverzichtbar. In Übereinstimmung mit den verwaltungsgerichtlichen Entscheidungen in Sache ist die Koalition der Ansicht, dass die sogenannten freiwilligen Leistungen in einem angemessenen Umfang (wie in Kaiserslautern) ebenfalls unabhängig von der Finanzlage

verfassungsmäßig garantiert sind. Da eine verschärfte Deckelung dieses wichtigen Etatpostens durch die ADD nicht länger tragbar ist, ziehen wir hiergegen auch juristische Mittel in Betracht. Bei einer evtl. Notwendigkeit freiwillige Leistungen zur Entwicklung der Stadt zu erhöhen, bekennt sich die Koalition wegen der Deckelung des Etats durch die ADD dazu, Möglichkeiten zur Finanzierung jenseits allg. Steuererhöhungen oder Kürzungen bestehender freiwilliger Leistungen zu suchen.

Um die dauerhafte Handlungsfähigkeit unserer Stadt wiederherzustellen, brauchen wir eine Lösung zur Bewältigung der Altschuldenproblematik. Da die Stadt selbst bei verbesserter Finanzausstattung nicht in der Lage sein wird aus eigener Kraft die enorme Schuldenlast in relevantem Umfang abzutragen, erscheint ein umfassender Schuldenschnitt unumgänglich. Signale des Bundes sich an einer Entschuldung der Kommunen zu beteiligen, begrüßen wir. Haushaltsüberschüsse bei Bund und Land, sowie die anhaltende Niedrigzinsphase bieten dringend zu nutzende Spielräume zur Teilentschuldung der Kommunen. Die Koalition verpflichtet sich auf politischem Wege, die Forderung nach Entschuldung gegenüber dem Land und dem Bund zu untermauern.

Ungeachtet der Forderung nach Entschuldung und dauerhaft angemessener, aufgabenadäquater Finanzausstattung, bekennt sich die Koalition zum Ziel paralleler eigener Haushaltskonsolidierungsbemühungen. Insbesondere im ausgabenintensiven pflichtigen Aufgabenbereich sollen Gestaltungsspielräume ermittelt werden, mit denen sich Aufwands- bzw. Auszahlungsreduzierungen realisieren lassen. Hierzu sollen die Empfehlungen des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz zur Ausgabenbegrenzung und wirtschaftlicheren Aufgabenerfüllung in seinen Prüfberichten und jährlich erscheinenden Kommunalberichten ausgewertet, und deren Umsetzbarkeit geprüft werden. Darüber hinaus streben wir mehr Transparenz im Sozialetat an. Wir fordern von der Verwaltung aussagekräftige Kennzahlen ein, die mit Kennzahlen anderer Kommunen verglichen werden können (Benchmarking).

In die Bemühungen zur notwendigen Haushaltskonsolidierung ist der Stellenplan der Stadt Kaiserslautern, sowie die Stellenübersicht des Eigenbetriebs Stadtbildpflege, verstärkt einzubeziehen. Wir erwarten von der Verwaltung, dass sie bei der Stellen- und Personalbewirtschaftung unter weiterer Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Aufgabenerledigung Haushaltskonsolidierungspotenziale erschließt und umsetzt. Durch fortschreitende Digitalisierung muss eine Effizienzverbesserung erwartet werden. Solange hierfür keine geeigneten Instrumente gefunden wurden, ist von Stellenmehrungen auf Veranlassung der Verwaltung grundsätzlich abzusehen.

Stellenmehrbedarfe sind aus dem bestehenden Stellenkontingent im Rahmen von Stellenverlagerungen zu befriedigen. Soll eine Stellenmehrung ausnahmsweise ohne Kompensation erfolgen, so ist diese vom Haupt- und Finanzausschuss genehmigen zu lassen, bevor sie in den Verwaltungsentwurf einfließt (Beweislastumkehr). Stellenmehrungen aufgrund von politischer Schwerpunktsetzung in den Haushaltsberatungen, (z. B. für den Baubereich zur Erhaltung des Infrastrukturvermögens, für Erzieher\*innen-Stellen bei neuen Kitas oder zur Umsetzung der umweltpolitischen Ziele zum Beispiel aufgrund des Klimawandels) sind von dieser Deckelung des Stellenplans ausgenommen.

### *Infrastruktur*

Die Koalition will den fortschreitenden Substanzverlust der städtischen Gebäude und Straßen stoppen. Das Anlagevermögen der Stadt sinkt seit Jahren. Der in den Abschreibungen zum Ausdruck kommende Werteverzehr des städtischen Vermögens wird nicht annähernd durch notwendige Investitionen aufgehoben. Der dadurch bedingte Verfall der Infrastruktur ist so nicht weiter hinnehmbar. Die zu niedrigen Investitionen sind ebenso ein Risiko wie die städtische Verschuldung, da sie zukünftige Haushalte wegen nachzuholender Investitionen belasten werden. Besonders besorgniserregend ist die viel zu niedrige Investitionsquote, die

in den zurückliegenden Jahren stets bei unter 2 Prozent lag. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit muss die Stadt ihre Investitionstätigkeit erhöhen.

Einen Schwerpunkt setzt die Koalition bei der zügigeren Sanierung von Schulen. Hier haben wir alle sanierungsbedürftigen Schulen im Blick, so die Sanierung der Beilstein-Schule, der Fritz-Walter-Schule, der Stiftswaldschule, der Pestalozzi-Schule und der Theodor-Heuss-Schule. Auch die Sanierung des Rathauses darf nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Deutliche Investitionssteigerungen sind zur Erhaltung des Anlagevermögens und der Verkehrssicherheit auch bei der Straßeninfrastruktur vorzunehmen. Wir benötigen eine nachhaltige, d. h. auf den Werterhalt bzw. die Wertsteigerung und die langfristige Sicherung der Leistungsfähigkeit der bzw. zukünftigen Bedarfen angepassten Straßeninfrastruktur ausgerichtete Strategie, auf deren Basis künftig ein ausreichend großes Potenzial an guten Straßen aufgebaut werden kann. Hierfür sind künftig ausreichend Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen.

Zum Zwecke eines nachhaltigen und lastengerechten Straßenausbaus befürworten wir die zügige Einführung der wiederkehrenden Beiträge auch in der Kernstadt.

Darüber hinaus gilt es auch den Investitionsstau im Hoch- und Tiefbau abzubauen. Hierfür ist ein Investitionskonzept zu erstellen, in dem ein konkreter Abbaupfad zur Bewältigung des Erhaltungs- und Sanierungsstaus, verbunden mit einem Finanzierungsplan aufgezeigt wird.

Zur Umsetzung der erforderlichen Bauprogramme sind die Vollzugsdefizite im Baubereich sukzessive zu beheben. Hierzu soll die Personalausstattung der zuständigen Stellen (Referat Gebäudewirtschaft / Referat Tiefbau / Eigenbetrieb Stadtbildpflege) geprüft und eine personelle Ressourcenplanung vorgelegt werden, mit der sichergestellt ist, dass das notwendige Investitionsvolumen abgewickelt werden kann.

Im Haushalt sind die hierfür notwendigen und umsetzbaren Bauvolumina zu etatisieren. Zu einer realistischen Finanzplanung und der Einhaltung des Kassenwirksamkeitsprinzips ist der Oberbürgermeister verpflichtet. Der Oberbürgermeister trägt die Verantwortung dafür, dass die von der Verwaltung dem Rat zur Annahme vorgelegte Finanzplanung insgesamt so gut wie möglich auf Basis aller vorliegenden Informationen erarbeitet wird, so dass weder eine Tendenz zum Unterschreiten noch zum Überschreiten im Planungszeitraum bereits zum Zeitpunkt der Vorlage im Rat zu erkennen ist. Eine solche realistische Finanzplanung ist auch für eine zielorientierte Kommunikation mit der Aufsichtsbehörde essenziell.